



### Förderung

Die Technische Hochschule Aachen und die Ruhr-Universität Bochum haben für die zweite Runde der Exzellenzinitiative den Hut in den Ring geworfen. Die SPD meint, NRW könnte die Hochschulen stärker fördern.

### S. 3

### Terrorismus

Die gemeinsame Anti-Terror-Datei des Bundes und der Länder nimmt Gestalt an: Der Landtag hat dafür das NRW-Polizeigesetz ergänzt, damit die Daten zwischen Polizei und Sicherheitsbehörden fließen können.

### S. 10

### Killerspiele

Welchen Einfluss haben „Killerspiele“ auf junge Menschen? Nach Emsdetten suchte der Schulausschuss nach einer Antwort auf die Frage: Kann ein Verbot dazu beitragen, solche Amokläufe zu verhindern?

### S. 13

### Orkan

Kyrrill und die Folgen – vor allem im Süden unseres Landes sehen sich Waldbesitzer vor die Existenzfrage gestellt. Welche Hilfe bietet das Land und ist sie ausreichend? Darüber beriet der Landwirtschaftsausschuss.

### S. 14

Der Kohlekompromiss von Berlin – ein historisches Datum. Die Montanwirtschaft beflügelte einst die industrielle Revolution, gab verlässlich Menschen Arbeit und Brot, nach dem Weltkrieg trugen die Kumpel entscheidend zum Wiederaufbau bei. Jetzt ist – sozialverträglich – der Ausstieg aus der Steinkohle beschlossene Sache. Damit endet zugleich ein Kapitel Wirtschafts- und Sozialgeschichte in NRW. Dass die deutsche Steinkohle immer teurer wurde und nach Subventionen verlangte, war nicht die Schuld der Beschäftigten und Unternehmen. Dass diese Milliarden gezahlt wurden, darüber herrschte lange Zeit politischer Konsens. Jetzt ist ein Ende der Subventionen für die Steinkohle abzusehen – an der Ruhr blicken nicht nur die Bergleute voller Erwartung in die Zukunft (Seiten 5 bis 9).

Foto: Schätte

### Rauchverbot im Landtag

Ein absolutes Rauchverbot soll ab April im Landtag gelten. Es umfasst alle öffentlich zugänglichen Bereiche des Parlamentsgebäudes. Damit sollen alle im Landtag Tätigen sowie die Besucherinnen und Besucher vor den gesundheitlichen Gefahren des Passivrauchens geschützt werden. Zu den Schutzmaßnahmen gehört auch, dass der Verkauf von Tabakerzeugnissen im Landtag eingestellt wird. Für eine entsprechende Vorlage hat Landtagspräsidentin Regina von Dinther die Zustimmung des Ältestenrats erhalten. Die Räume und Bereiche, die der ausschließlichen Nutzung durch Abgeordnete und Fraktionen vorbehalten sind, werden derzeit von einer Regelung in der Hausordnung ausgenommen. Die Fraktionen wollen in ihren Bereichen ebenfalls einen weitgehenden Nichtraucherchutz sicherstellen.



**Das neue Ruhrgebiet – wie wird es aussehen?**

# Inhalt

<b>Inhalt/Kommentar</b>	<b>2</b>
<b>Abschied von der Gießkanne</b>	<b>3</b>
<i>Hochschulen sollen bei der Exzellenzinitiative in Wettbewerb treten</i>	
<b>Ursache: Mensch</b>	<b>4</b>
<i>Er trägt zum Klimawandel bei – kann ihn aber durch sein Handeln verlangsamen</i>	
<b>Blick in die Zukunft</b>	<b>5</b>
<i>Neue Perspektiven nach dem Ausstiegsbeschluss</i>	
<b>Altlasten und Ewigkeitskosten</b>	<b>6-7</b>
<i>NRW: Nur eine gerechte Lösung wird vom Land akzeptiert</i>	
<b>„Für NRW geht es um sehr viel Geld“</b>	<b>8-9</b>
<i>Interviews mit den wirtschaftspolitischen Sprechern der Fraktionen</i>	
<b>Zügige Beteiligung an Anti-Terror-Datei</b>	<b>10</b>
<i>Landtag debattiert über Änderung des Polizeigesetzes</i>	
<b>Neue Strukturen für die Polizei</b>	<b>11</b>
<i>Experten zur Abschaffung der mittleren Führungsebene</i>	
<b>Wer die Wahl hat ...</b>	<b>12</b>
<i>Schülern den Übergang zur Hochschule erleichtern</i>	
<b>Wie gefährlich sind Killerspiele?</b>	<b>13</b>
<i>Ausschuss debattiert über Ursachen von Gewalt an Schulen</i>	
<b>„Alles, was eine Säge halten kann“</b>	<b>14</b>
<i>Ausschuss informiert sich über Hilfsmaßnahmen nach Kyrill</i>	
<b>Erneuter Streit ums Kopftuch</b>	<b>15</b>
<i>Die ersten Trägerinnen wenden sich gegen das Verbot</i>	
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>16</b>
<b>Kommunen stehen besser da</b>	<b>17</b>
<i>Erkenntnisse zur Staats- und Verwaltungsreform in Österreich</i>	
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>18</b>
<b>Porträt der Woche: Norbert Römer (SPD)</b>	<b>19</b>
RFID-Tagung • Verwaltungsreform	19
Impressum	19
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>20</b>



## Zeitenwende an der Ruhr

Nach monatelangen Verhandlungen haben sich in Berlin die Große Koalition, Förderländer, Unternehmen und Gewerkschaft auf ein Ende des Steinkohlenbergbaus in Deutschland verständigt: 2018 soll die staatliche Förderung dieses heimischen Energieträgers auslaufen. Dass diese Entscheidung 2012 revidiert wird, gilt vielen als unwahrscheinlich.

Damit gehen im Ruhrrevier 200 Jahre Bergbau zu Ende. Das ist ein tiefer Schnitt – auch in wirtschaftliche Strukturen, obwohl der Bergbau schon seit Jahrzehnten auf dem Rückzug war. Um ihn herum hatte sich eine Zuliefererindustrie gebildet, deren Technologie auf den Weltmärkten ihren starken Auftritt hat.

Vor allem sind es die Menschen, die die historische Wende zu verkraften haben. Jahrhundertlang haben Zechen und Hütten den Rhythmus der Region bestimmt. Die unter und über Tage beschäftigten Arbeiter, woher sie auch immer stammten, waren ein festes Milieu. Das Wissen um die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Arbeit und um deren Gefährlichkeit führte bei den Menschen zu Stolz und zu einem starken Gefühl der Zusammengehörigkeit. Diese gelebte Solidarität ließ schließlich auch den wachsenden Bedeutungsverlust der Kohle eine Zeitlang verschmerzen.

### MENTALITÄTSWANDEL

Es wird nicht leicht sein, den Zeitenwechsel zu vollziehen. An der Ruhr nicht, weil über Jahrzehnte Milliardensummen an Subventionen geflossen sind. Am Rhein nicht, weil die politische Gestaltung und Begleitung des Wandels, der schon begonnen hat, weiterhin auf Jahre hinaus großer Entschlossenheit und Kraft bedarf.

In den Ministerien wird jetzt viel gerechnet, es geht um Börsengang, Stiftung, Pensions„lasten“ und Ewigkeitskosten – das ist die eher technische Seite des Kohleausstiegs. Dann gibt es noch das große Versprechen der Politik: „Sozialverträglich“, also ohne Kündigungen, soll der Wechsel gelingen. Für die Kumpel und ihre Familien schafft das Sicherheit.

Diese Zusage ist aber auch Voraussetzung für das gesamte Gelingen. Wenn der Ausstieg in einem Klima geschieht, das die Menschen mitnimmt, wenn auch der Mentalitätswandel gelingt, das Revier sich also auf seine eigene Kraft besinnen kann, dann ist der Strukturwandel einen großen Schritt weiter – und das „neue Ruhrgebiet“ endgültig im Werden. JK

# Abschied von der Gießkanne

## Hochschulen sollen bei der Exzellenzinitiative in Wettbewerb treten

Die SPD möchte den Hochschulen des Landes den Rücken für die nächste Runde der bundesweiten Exzellenzinitiative stärken. Dazu soll die Landesregierung nach Vorstellung der SPD nicht mehr benötigte Mittel, die im Landeshaushalt 2007 zur Kofinanzierung der Initiative vorgesehen waren, nicht in andere Bereiche verlagern, sondern damit die Forschung an den Hochschulen fördern. Außerdem verlangt die SPD in ihrem Antrag (Drs. 14/2866) eine stärkere Berücksichtigung der Geisteswissenschaften. Das Plenum lehnte den Antrag ab.

Karl Schultheis (SPD) sah die Landesregierung in der Pflicht, den Hochschulen dabei zu helfen, ihr Profil zu schärfen und neue Exzellenz zu entwickeln: „Ohne gutes Geld für gute Ideen wird das nicht gehen.“ Das Land stelle sich im Vergleich mit anderen Bundesländern im Wettbewerb strukturell und finanziell überhaupt nicht auf, sondern streiche die landeseigenen Programme zusammen und gefährde auch die Bund-Länder-Programme, kritisierte Schultheis. Der Trend, dass die Regierung zu echten Investitionen nicht bereit sei, drohe sich fortzusetzen, betonte er, sie sei nicht an langfristigen Zielen oder harter Kärnerarbeit interessiert. „Die Köpfe der Menschen in Nordrhein-Westfalen, die jungen Leute – hier liegt die Exzellenz, die wir entwickeln müssen.“

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) sagte, früher habe Rot-Grün durch Nivellierungspolitik und Bürokratie Exzellenz verhindert. Die neue Koalition sei nicht der „große Bruder mit dem Gängelband“, sondern konstruktiver Unterstützer. Der Abgeordnete zeigte sich davon überzeugt, dass sich durch Studienbeitragsgesetz, Zukunftspakt und Hochschulfreiheitsgesetz die Befähigung zur Exzellenz in den nächsten Jahren spürbar bessern werde. Wenn die SPD eine besondere Berücksichtigung der Geisteswissenschaften fordere, dann laute die Meinung der Koalition: „Es zählt einzig und

allein die Qualität“, nicht irgendein fachlicher oder regionaler Proporz.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) kritisierte, dass die Hochschulmittel der Landesregierung bei weitem nicht ausreichen werden, „um die quantitativen und die qualitativen Herausforderungen, die auf unsere Hochschulen zukommen, zu bewältigen“. Es gehe um Exzellenz nicht nur in der Forschung, sondern auch in der Lehre. Ferner um Exzellenz nicht nur in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, sondern auch in den Geisteswissenschaften. Der Wissenschaftsminister des Landes sei gefordert, der Lehre in seinem konkreten Handeln einen neuen Stellenwert zu geben: „Sonntagsreden allein reichen nicht aus.“

Christian Lindner (FDP) hielt nichts davon, dass die SPD in jedem Politikfeld, ob Kindertageseinrichtungen oder Hochschulen, „den Gaul der Mehrausgaben reitet“. Dieser Gaul sei angesichts des Schuldenstands des Landes längst „tot“. Bei der Exzellenzinitiative hätten sich die Forschungsvorhaben der einzelnen Hochschulen im Wettbewerb zu bewähren; von daher verbiete sich eine Subvention von Seiten des Landes. Mit der Gießkanne über die Hochschullandschaft zu gehen, wäre ein schlechtes Signal den anderen Bundesländern gegenüber und verzerre die Wettbewerbsbedingungen. Der Abgeordnete



Innovationsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP, oben) und Karl Schultheis (SPD)

zum Schluss: „Zukunftspakt, Exzellenzinitiative, Hochschulpakt 2020 – die Koalition finanziert das seriös gegen, und wir geben den Hochschulen daneben vor allen Dingen die Freiheit, sich auch wirklich im Wettbewerb zu bewähren.“

Innovationsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) betonte, im Unterschied zu Rot-Grün, wo die Politik an Kassenlage und wechselnden Opportunitäten ausgerichtet gewesen sei, gebe heute die neue Koalition den Hochschulen Planungs- und Finanzierungssicherheit, „die sie vorher nie hatten“. NRW sei neben Baden-Württemberg das einzige Land, das Mittel zur Kofinanzierung des Hochschulpakts in den Haushalt eingestellt habe, unterstrich der Minister und sagte: „Wir haben 1:1 umgesetzt, was mit dem Bund auf der Grundlage der Zahlen der Kultusministerkonferenz besprochen worden ist. Besser kann man es eigentlich nicht machen.“ Das Land werde in diesem Jahr und auch in den Folgejahren für die Laufzeit der Exzellenzinitiative alle erforderlichen NRW-Anträge im Rahmen dieser Initiative mit zusätzlichen Landesmitteln kofinanzieren, versprach Pinkwart und fügte hinzu: „Nichts wäre uns lieber, als dass die Universitäten Aachen und Bochum bei den Zukunftskonzepten im Herbst auch tatsächlich erfolgreich abschneiden. Wenn es richtig teuer wird, freuen wir uns am meisten.“



## Gemeinsam ...

... am europäischen Haus bauen – unter diesem Motto stand der Besuch des kroatischen Staatspräsidenten Stjepan Mesić im Landtag Nordrhein-Westfalen. Die kroatische Delegation, zu der neben Mesić der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Unternehmertum, Branco Vukelić, die Botschafterin der Republik Kroatien, Vesna Cvjetković-Kurelec, sowie der außenpolitische Berater des Staatspräsidenten, Budimir Lončar, gehörten, wurde von Landtagspräsidentin Regina van Dintther über die Arbeit des nordrhein-westfälischen Parlaments informiert. Hier erläutert die Präsidentin (l.) dem Staatspräsidenten (r.) den Plenarsaal. In der Mitte die Dolmetscherin.

Foto: Schälte

# Ursache: Mensch

## Er trägt zum Klimawandel bei – kann ihn aber durch sein Handeln verlangsamen

*Der vor kurzem in Paris vorgelegte Bericht des Klimarats der Vereinten Nationen (IPPC) zum Klimawandel war der Hintergrund einer Aktuellen Stunde im Landtag. Diese hatten die Grünen beantragt und sie unter das Motto gestellt: „Konsequenzen aus dem IPPC-Bericht für NRW“. Wissenschaftler hatten in dieser Studie festgestellt, was immer wieder in Zweifel gezogen worden war: Dass nämlich der Mensch den Treibhauseffekt verstärkt, den Planeten erhitzt und dringend gegensteuern muss. Deshalb, so die Grünen, sei es wichtig, dass die Regierung des Landes darlegt, wie die Industrieregion NRW auf die Herausforderungen des Klimaschutzes reagiert.*

Reiner Priggen (GRÜNE) verwies auf die globale Dimension des Problems: „Warum soll ein US-Amerikaner mehr Recht haben, die Umwelt zu verpesten, als ein Inder oder ein Chinese“, zitierte er den früheren Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU). Trotz der weltweiten Ziele müsste NRW seinen eigenen Beitrag leisten. Die notwendige Klimaschutzpolitik stelle in erster Linie Anforderungen an die Automobilindustrie, deren freiwillige Selbstverpflichtung als zu halbherzig gescheitert sei. Statt Forderungen nach mehr Klimaschutz zu bekämpfen, müssten sie als große Chance für neue Arbeitsplätze auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien begriffen werden.

Marie-Luise Fasse (CDU) sagte, der Bericht sei zwar ein unübersehbares Warnsignal, aber eine Aktuelle Stunde könne keine ernstzunehmenden Lösungsansätze bringen. Erst sollte der dritte Teilband des Sachstandsberichts abgewartet werden, denn er führe Handlungsoptionen zur Vermeidung weiterer Treibhausgasemissionen auf. Dessen Veröffentlichung sei für Mai geplant. Die Bundesrepublik setze sich dafür ein, dass der Europäische Rat im März ein verbindliches Gesamtziel für die EU von 20 Prozent erneuerbarer Energien beschließt. „Vor einer Entscheidung des Europäischen Rates über das von der Kommission vorgelegte Energiepaket lassen sich politische Entscheidungen in NRW auf keine sichere Rechtsgrundlage stellen. Aktivitäten der Landesregierung wären zur Zeit verfrüht“, so die Abgeordnete.

Svenja Schulze (SPD) war anderer Meinung: Die Landesregierung in NRW müsse jetzt endlich handeln, das Zeitfenster sei sehr klein geworden: „Wir haben nur noch zehn bis 15 Jahre Zeit. Sie erzählen uns immer wieder, der Markt würde alles regeln. Aber der Markt hat keine Antworten auf den Klimaschutz. Hier ist eindeutig der Staat gefordert.“ Stattdessen streiche die Regierung Haushaltsmittel, kürze das Landesprogramm für erneuerbare Energien um über 40 Prozent zusammen und vernachlässige die dringend notwendige Forschung im Bereich erneuerbarer Energien. Studien lägen jetzt genug vor, drängte Schulze.

Holger Ellerbrock (FDP) fragte: „Wer sind die größten CO<sub>2</sub>-Verursacher? An der Spitze stehen die USA mit jährlich rund sechs Millionen Tonnen. Es folgen China, Russland, Japan und Indien.“ Auf der anderen Seite hätten beispielsweise Deutschland oder Großbritannien ihre Emissionen gesenkt. Die Weichenstellungen der rot-grünen Koalition nach 1998 machten eine Erfüllung ambitionierter Klimaschutzziele unmöglich: „Wie sollen die jährlich rund 160 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>, die durch die Kernenergie heute vermieden werden, eingespart werden? Die Kernkraftwerke leisten einen Beitrag zum Klimaschutz.“ Nordrhein-Westfalen sei in der Lage, gerade im Energiesektor die Technologieführerschaft zu übernehmen: „Technik ist nicht das Problem, Technik ist die Lösung!“, sagte Ellerbrock.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) erinnerte an den ersten Umsetzungsbericht der Landesregierung NRW zur Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes. Danach sei NRW auf gutem Weg, sein Emissions-Minderungsziel zu erreichen. Größere Kohlendioxid-Minderungseffekte könnten erzielt werden durch eine verstärkte Nutzung des Grubengases im Steinkohlenbergbau, den Ausbau der Wind- und Wasserkraft und durch das Programm für Rationelle Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen (REN-Programm).

Durch die Einführung des europaweiten Emissionshandels für Unternehmen im Jahr 2005 habe bereits ein grundlegender Paradigmenwechsel stattgefunden. In den Bereichen Automobilindustrie und Energiewirtschaft stehe die nationale Umsetzung von EU-Richtlinien an. Dem Landtag würden in Kürze vorgelegt werden: das Energie-Effizienz-Konzept „NRW spart Energie“, das NRW-Konzept Erneuerbare Energien, das NRW-Biomassekonzept sowie das Konzept zur Energieforschung NRW.

André Stinka (SPD) fand, wer im Landtag bis vor wenigen Tagen den Einfluss des Menschen auf den Klimawandel „kaltschnäuzig“ geleugnet habe, müsse jetzt nach Vorlage des Gutachtens des internationalen Wissenschaftsrats „vor

Scham rot werden“. Seine Mahnung: „Wir tragen alle, die wir hier sind, Verantwortung, und die Zeit drängt.“

Christian Weisbrich (CDU) warf ein: „Es gibt noch ganz andere Ursachen, beispielsweise Sonneneruptionen, die jetzt auch erforscht werden, die viel stärker durchschlagen können als alles, was wir als Menschlein hier so treiben.“ Er rief die Landtagsabgeordneten dazu auf, „ideologischen Ballast“ abzuwerfen und das konkrete Klimaschutzprogramm der Landesregierung konstruktiv zu begleiten.

Reiner Priggen (GRÜNE) rief zu einem Wettbewerb um sparsamere Technologien auf. Das Land sei gut in der Entwicklung hocheffizienter Kraftwerke, führend in der Windindustrie und habe Nachholbedarf beim Hybridantrieb. Auch mit der Idee der Wirtschaftsministerin von einem Zertifikathandel für Autos könne er sich anfeinden.

Dietmar Brockes (FDP) verwies auf das Gutachten: Ohne den effektiven Einsatz der Kernenergie sei der Kampf gegen die Erderwärmung nicht zu gewinnen. Davon habe er heute hier noch nichts gehört. Kernenergie werde weitere Jahre noch gebraucht, erneuerbare Energien könnten sie nicht ersetzen.

Norbert Römer (SPD) verlangte politisches Handeln in Sachen Klimaschutz auf allen Ebenen: international, national, „aber auch hier in diesem Land und in allen 396 Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens“. Die CDU müsse in der Koalition die FDP davon überzeugen, dass der Klimawandel, „verursacht durch menschliches Handeln, politisches Handeln erfordert mit einer aktiven Umweltpolitik, einer aktiven Klimaschutzpolitik“. Auch bei der Biomasse als Energieträger müsse endlich etwas geschehen.

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) forderte die Abgeordneten auf: „Fahren Sie bitte mal durch NRW und sehen Sie, was sich im Bereich erneuerbare Energien getan hat. Es gibt keinen Kreis, in dem nicht eine Biogasanlage im Bau ist.“

# Blick in die Zukunft

## Neue Perspektiven nach dem Ausstiegsbeschluss

*Nordrhein-Westfalen wird die Subventionierung der Steinkohle bereits Ende des Jahres 2014 einstellen, 2018 folgt der Bund. Beide sind entschlossen, den Ausstieg sozialverträglich zu gestalten. Mit diesem Ergebnis des so genannten „Kohlegipfels“ sowie den Zukunftsperspektiven für das Ruhrgebiet beschäftigte sich am 8. Februar, einen Tag nach dem Berliner Kohlegipfel, der Landtag in einer Sondersitzung.*

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) teilte mit: „Gestern haben wir den Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau in Nordrhein-Westfalen beschlossen. Heute beginnt eine neue Zeit in der Wirtschafts- und Industriegeschichte Nordrhein-Westfalens.“ Jetzt gehe es darum, ein neues Kapitel der Landesgeschichte aufzuschlagen. In Kürze werde es die neue „Initiative Zukunft Ruhr“ geben, mit der Maßnahmen der Landesregierung effizient

damit endlich Sicherheit für die Betroffenen (Bergleute, Zulieferer, Mitarbeiter des RAG-Konzerns) gebe und die Bewilligungsbescheide für 2009-2012 auf den Weg gebracht würden. Der Konzern könne endlich an die Börse gehen. Sie machte aber darauf aufmerksam, dass das Land auch nach 2015 noch zahlen werde. „2015 ist nicht das Ende aller Subventionen. Zu zahlen bleiben weiterhin die laufenden Altlasten. Das Land muss auch in den nächsten Jahren behilf-

hat das Wirtschaftswunder Deutschland erst möglich gemacht.“ Die Menschen im Ruhrgebiet hätten jetzt endlich Klarheit: „Wir trauen den Menschen zu, den Wandel aktiv zu gestalten“, sagte Stahl. Der SPD warf der Christdemokrat dagegen vor, sie habe „die Mentalität eines Industrie-Museums.“

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, bekräftigte: „Ja, es ist eine historische Stunde für Nordrhein-Westfalen.“ Bei Verträgen dürfe man jedoch nicht nur die Überschriften angucken. Die Abgeordnete: „Fakt ist: Der Bund stiehlt sich aus der Verantwortung für die Risiken bei den Altlasten und Ewigkeitskosten. Was Sie, Herr Ministerpräsident, als Erfolg verkaufen, die 30 Prozent Beteiligung des Bundes,



Fotos: Schälte

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)

Hannelore Kraft (SPD)

Helmut Stahl (CDU)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

ent und zukunftsweisend gebündelt würden. Besonders wichtig sei, dass im Ruhrgebiet neue Forschungseinrichtungen entstünden. Exemplarisch nannte Rüttgers ein neues Institut für Werkstoffforschung an der Universität Bochum, an dem sich das Land mit zwölf Millionen Euro beteiligt, eine neue lebenswissenschaftliche Innovationsplattform an der Universität Dortmund mit einer Landesbeteiligung von 33,3 Millionen Euro sowie ein neues Science-to-Business Center der Degussa AG in Marl mit einer Landesförderung von 11,3 Millionen Euro. Von strategischer Bedeutung für Nordrhein-Westfalen seien auch Investitionen in neue, hochmoderne Kraftwerke – allein im Ruhrgebiet stünden Kraftwerksinvestitionen von über 5,5 Milliarden Euro an: „Wir schlagen ein neues Kapitel auf. Eine neue Ära beginnt. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam anpacken und gemeinsam die Zukunft gestalten – zum Wohle aller Menschen an Rhein und Ruhr.“

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, bewertete positiv, dass es eine Einigung und

lich sein, damit das Unternehmen nicht in eine Unterfinanzierung gerät, denn die so genannte Sprechklausel (Vereinbarung zur Verrechnung der Vorfinanzierungskosten durch die RAG zur Vermeidung einer Unterfinanzierung) gilt fort, auch für das Land.“ Den Ministerpräsidenten fragte sie, wie er die jetzt notwendigen Strukturveränderungen sicherstellen wolle: „Wo ist Ihr Konzept? Wie wird es finanziert? Das ist jetzt nach den Ergebnissen allein Aufgabe des Landes, nicht mehr des Bundes. Welche Änderungen wird es im Haushalt NRW geben?“ Sie forderte die Landesregierung auf, ein Programm für die Kohlerückzugsgebiete aufzulegen.

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, stellte fest, heute sei das „Ende einer Epoche“. Er bedankte sich beim Ministerpräsidenten für den Verhandlungserfolg in Berlin. Rüttgers habe die zentralen Forderungen der Christdemokraten in NRW an einen Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau umgesetzt. Dazu gehöre, dass kein Bergmann ins „Bergfreie“ falle: „Denn vor allem der Einsatz der Bergleute

entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als schwere Erblast für unser Land.“ Rüttgers habe zugelassen, dass der Bund sich aus der Verantwortung für den Strukturwandel im Ruhrgebiet komplett verabschiede. Ungeklärt sei auch die konkrete Ausgestaltung der Stiftung.

Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, erklärte, das Eckpunktepapier besiegele das Ende des subventionierten Steinkohlenbergbaus: „In Zukunft wird in helle Köpfe investiert und nicht mehr in dunkle Schächte.“ Dem Ministerpräsidenten bescheinigte er einen großen Verhandlungserfolg. Insbesondere der Versuch, einen Teil der Erlöse des Börsengangs für laufende Subventionen zu verwenden, habe verhindert werden können: „Die SPD hätte akzeptiert, dass der Erlös des Börsenganges nicht in eine Stiftung fließt, sondern für laufende Kosten verbraucht wird. Die Erlöse gehen nun vollständig in die Stiftung.“ Zum Thema Sockelbergbau sagte Papke: „Wer jetzt noch glaubt, dass der Sockelbergbau kommt, der glaubt auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten.“

# Altlasten und Ewigkeitskosten

## NRW: Nur eine gerechte Lösung wird vom Land akzeptiert

*Während zur gleichen Zeit in Berlin Politiker aus Land und Bund, Gewerkschaft und Unternehmensvertreter zum Kohlegipfel zusammentrafen, erwartete der Landtag am 7. Februar eine Unterrichtung der Landesregierung mit dem Titel „Neue Chancen für NRW – Ende des Steinkohlenbergbaus in Deutschland“. Den Vorstoß der Oppositionsfraktionen, die Landesregierung zu bitten, sie möge ihre Unterrichtung verschieben, bis die Ergebnisse des Kohlegipfels vorliegen, lehnte die Mehrheit der Abgeordneten ab.*

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) stellte mit Blick auf die laufenden Verhandlungen in der deutschen Hauptstadt fest: „Eine Entscheidung gegen die Interessen unseres Landes und seiner Steuerzahler werden wir nicht akzeptieren.“ Der Ministerpräsident des Landes werde „heute und in Zukunft keine Entscheidungen akzeptieren, die den Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen zuwiderlaufen“. Allerdings gebe es Hinweise auf ein „gewisses Zugehen des Bundes auf NRW-Positionen“. Das

Der von der SPD ins Spiel gebrachte Sockelbergbau sei weder energiepolitisch noch sozialpolitisch zu begründen und entspreche eher „parteilichem Klienteldenken“. Das Thema habe zur Verzögerung um drei Monate beigetragen und die Diskussion massiv behindert. Thoben: „Ohne die Sockeldiskussion wären wir heute weiter.“ Da könne man der Landesregierung, die in wichtigen Fragen noch Gesprächsbedarf feststelle, keine Hinhaltetaktik oder gar Blockade vorwerfen.

zu den heimischen Lagerstätten, sozialverträgliche Gestaltung des Anpassungsprozesses sowie Haftung des Landes für diejenigen Alt- und Ewigkeitslasten, die nicht durch den Haftungsverband in der RAG AG gedeckt seien. Römer: „Wir Sozialdemokraten stützen dieses Ergebnis der Großen Koalition, denn drei der von mir genannten zentralen Ziele für NRW wurden bei diesen Verhandlungen bereits erreicht.“

In der Frage des Sockelbergbaus habe sich die Landesregierung nicht durchsetzen können, betonte der Sprecher und warf dem Ministerpräsidenten vor, während Zweidrittel der Menschen im Land für einen Sockelbergbau seien, wolle er die Optionsklausel mit aller Macht verhindern und „die Tür zu den Lagerstätten ein für alle Mal verschließen“. Dazu betonte Römer: „Die Tür zu unseren Lagerstätten ist nicht verschlossen. Sie ist nur angelehnt. Sie kann und wird im Jahr 2012 wieder aufgestoßen werden. Dessen bin ich ganz sicher.“

Die FDP habe den Börsengang der RAG verzögert und damit gegen die vitalen Interessen des Landes gehandelt. Dabei sei ein zügiger



Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU)



Norbert Römer (SPD)



Christian Weisbrich (CDU)

betreffe sowohl die Dauer und Höhe der künftigen Kohlehilfen aus NRW als auch die Ausfallhaftung für eine mögliche Deckungslücke bei den Alt- und Ewigkeitslasten.

Die Ministerin zeichnete den Zusammenhang zwischen Börsengang der RAG AG mit ihrem „weißen“ Bereich und der Bewältigung der Hinterlassenschaften des Bergbaus in NRW und im Saarland auf. Sie verwies auf die unstrittigen Punkte des angestrebten Kohlekompromisses: Einstellung der staatlichen Hilfen für den deutschen Steinkohlenbergbau im nächsten Jahrzehnt und damit Beendigung des Steinkohlenbergbaus in Deutschland. Der Abschied von der Steinkohle werde dabei sozialverträglich gestaltet. Eine weitere wichtige Weichenstellung sei die Absicht, dass die Anteile an der RAG von den derzeitigen Gesellschaftern zum symbolischen Preis von einem Euro an die zu gründende Stiftung übertragen werden und dass die Stiftung das vorhandene Vermögen für die öffentliche Hand zur Abdeckung der Folgen des Steinkohlenbergbaus sicherstellt.

Zu den Auswirkungen des Kohleausstiegs meinte die Ministerin, trotz staatlicher Hilfen von 126,8 Milliarden Euro seit 1949 sei es nicht gelungen, den Steinkohlenbergbau in Deutschland wettbewerbsfähig zu machen. Das sei kein Vorwurf an die Unternehmen und die Beschäftigten, vor deren Arbeit sie größten Respekt habe, sondern liege an der Lagerstätte der Kohle. Schon seit Jahrzehnten habe deutsche Steinkohle keine wirtschaftliche Perspektive mehr. Sie trage mittlerweile noch im einstelligen Prozentbereich zur Deckung des Primärenergieverbrauchs bei, da sei es „ökonomisch nur sinnvoll, die Kohle am Markt zu kaufen und den eigenen Bergbau auslaufen zu lassen“. Thoben: „Wir wollen die Zukunft gestalten und nicht allein in die Vergangenheit investieren.“

Norbert Römer (SPD) zählte die vier Punkte auf, auf die sich die Große Koalition in Sachen Steinkohle Ende Januar dieses Jahres geeinigt habe. Das seien das vitale Interesse des Landes an einer börsennotierten RAG, größte energiepolitische Sicherheit und Wahrung des Zugangs

Börsengang für das Land entscheidend, um die Alt- und Ewigkeitslasten sowie die Haftungsfragen finanziell abzusichern, unterstrich der Abgeordnete. Obwohl man hier ein vertretbares Ergebnis erreicht hatte, habe der Ministerpräsident auf Druck des Koalitionspartners eine radikale Kehrtwende vollzogen und ein Ende des Bergbaus bereits für das Jahr 2014 gefordert.

Die Landesregierung forderte Römer auf: „Geben Sie den untauglichen Versuch auf, den Kompromiss der Großen Koalition nachverhandeln zu wollen!“ Auch die Bergleute und die gesamte RAG AG sollten „aus der Geiselhaft für Ihre politisch motivierten Ausstiegspläne“ entlassen werden. Drittens: „Lassen Sie uns gemeinsam in Berlin für die Lösung der Altlasten, Ewigkeits- und Haftungsfragen im Interesse dieses Landes eintreten.“

Christian Weisbrich (CDU) wandte sich an die SPD: „Hören Sie auf, die Bergleute dauerhaft zu belügen.“ Dass die Tür nicht verschlossen, sondern nur angelehnt sei, stelle zwar ein „wunderschönes Bild“ dar, aber, so der Sprecher weiter:

„Die Bergleute hassen am meisten, dass ihnen permanent Versprechungen gemacht werden, die hinterher nicht eingehalten werden.“ Im Übrigen sei es die SPD gewesen, die, um sich persönlich zu profilieren und ihr „Biotop im Ruhrgebiet“ zu erhalten, für Zeitverzögerung mit ihrer Forderung nach einem Sockelbergbau gesorgt habe. Wenn sich der Bund im Jahr 2012 für diesen Sockelbergbau entscheiden sollte, dann könne es nicht sein, dass sich NRW an der Finanzierung dieses Sockels beteilige. Es dürfe auch nicht geschehen, dass der Erlös des Börsengangs nicht nur für die Alt- und Ewigkeitslasten eingesetzt werde, sondern auch dafür, den Bergbau bis zum Jahr 2018 zu finanzieren, betonte Weisbrich.

Der subventionierte Steinkohlenbergbau sei energiepolitisch unsinnig und auf Dauer nicht finanzierbar. Was solle ein Sockelbergbau, „der gerade einmal 1,5 Prozent zusätzliche Energiesicherheit bedeutet“? Diese Einschätzung hätten bereits im September vergangenen Jahres die Gewerkschaft, die RAG und der Bundesfinanzminister für die SPD übernommen. Schon zur damaligen Zeit sei der sozialverträgliche

ab einem bestimmten Datum auf den Kosten sitzen zu lassen. In diesem Punkt sei die Intervention von Ministerpräsident Rüttgers „sozusagen last exit“ gewesen. Ein anderer für ihn, Priggen, völlig undurchschaubarer Punkt sei die Konstruktion der geplanten Stiftung, „was sie machen kann, wer genau dafür haftet und wer in dieser Stiftung entscheidet“. Ferner tauche in der Stiftungssatzung die Sicherung der Rechte der Berggeschädigten nicht auf. Es wäre hochriskant zu glauben, dass der Erlös aus dem Börsengang und die Rückstellungen ausreichen, die Ewigkeitslasten in Höhe von 400 Millionen Euro jährlich zu finanzieren.

**Dr. Gerhard Papke**, FDP-Fraktionsvorsitzender, sagte zu den Kohleverhandlungen voraus: „Wir werden ein Gesamtergebnis bekommen, das das Ende des Subventionsbergbaus in NRW, in ganz Deutschland, festschreibt.“ Das sei ein historisches Ereignis. Der Abgeordnete: „Alles andere würden wir auch nicht akzeptieren.“ Dann könnten die Ressourcen, „die in den zurückliegenden Jahrzehnten unter rot-grüner



Reiner Priggen (GRÜNE)



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Ausstieg einvernehmlich gewesen. Einvernehmen habe auch darin bestanden, dass der „weiße“ Bereich der RAG eine vernünftige Entwicklungschance haben müsse, „die er unabhängig vom Börsengang nur dann hat, wenn die Mitfinanzierung der Verluste im Bergbau aufhört“.

**Reiner Priggen** (GRÜNE) sagte, beim Ende der 200-jährigen Bergbaugeschichte im Ruhrgebiet gehe es um insgesamt 40 Milliarden Euro, „die der Restbergbau in der aktiven Zeit kostet und die notwendig sind, um die Schäden zu beheben“. Der Abgeordnete weiter: „Diese 40 Milliarden müssen zwischen dem Bund und im Wesentlichen dem Land Nordrhein-Westfalen verteilt werden.“ Das sei sehr riskant und könne zu erheblichen Einbußen und Verlusten des Landes führen. Wenn jetzt seit Mitte 2006 in Berlin verhandelt werde, dann „ist es wie immer bei der Kohle: eine organisierte Intransparenz, bei der die Parlamente außen vor gehalten werden“. Für ihn sei der wichtigste Punkt die zukünftige Lastenaufteilung und Haftung. Es wäre vom Bund „zutiefst unanständig“, NRW

Regie in NRW vergraben worden sind, endlich in die Zukunft unseres Landes investiert werden“. Was die finanziellen Folgen für das Land angehe, wolle man eine faire Lastenverteilung zur Bewältigung der Ewigkeitskosten. Was da in Berlin ohne das Land NRW verabredet worden sei, hätte letztlich bedeutet, dass der „weiße“ Bereich auch nach dem Börsengang für die laufende Finanzierung des Steinkohlenbergbaus „hätte verfrühstückt werden können“. Der Bund habe über Jahrzehnte die Subventionierung des Steinkohlenbergbaus als nationale Aufgabe betrachtet, „dann darf der Bund uns in den Bergbaurevieren in NRW auch nicht allein lassen, wenn es um die Bewältigung der Folgelasten geht“. Das Land brauche eine Entlastung bei den laufenden Auslaufsubventionen, um in Zukunftstechnologien, in Bildung und in Forschung und Entwicklung zu investieren. Dieses Umsteuern müsse nach Ansicht der FDP schneller erfolgen: „Je früher wir aussteigen, desto mehr bleibt für Zukunftsinvestitionen übrig.“ Sein Appell: „Lasst uns alle die Ärmel hochkrempeln, jetzt beginnt der Tag X nach dem Bergbau!“

# „Für NRW geht es um sehr viel Geld“

## Interviews mit den wirtschaftspolitischen Sprechern der Fraktionen

Der Kohlekompromiss ist geschlossen. Während CDU, FDP und GRÜNE vom „Ende einer Epoche“ sprechen, hält die SPD weiterhin an einem Sockelbergbau in NRW fest. Fakt ist jedenfalls: Trotz der grundsätzlichen Verständigung auf den Ausstieg aus dem Subventionsbergbau sind viele Detailfragen weiter offen. Welche Chancen bietet der Kompromiss für NRW und welche Herausforderungen hat das Land künftig zu meistern? Darüber sprach „Landtag intern“ mit Lutz Lienenkämper (CDU), Thomas Eiskirch (SPD), Reiner Priggen (GRÜNE) und Dietmar Brockes (FDP).

**Nach dem Bergbau ist vor dem Bergbau? Welche Chancen sehen Sie für eine privatwirtschaftlich betriebene Zeche ohne staatliche Subventionen?**

**Lienenkämper:** Zum jetzigen Zeitpunkt halte ich es für spekulativ, die Chancen einer privatwirtschaftlich betriebenen Zeche einzuschätzen. Wenn man nach der prognostizierten Preisentwicklung der Steinkohle geht, ist solch ein Vorhaben sicherlich skeptisch zu sehen. Allerdings ist es weder Sache des Landes noch der Fraktionen, die Wirtschaftlichkeit einer möglichen Investition eines privaten Investors zu bewerten. Wichtig für das Land ist nur, dass die volle Haftung für Bergschäden und für zusätzlich entstehende Ewigkeitslasten auf Seiten des Investors liegt – so sich denn überhaupt einer finden sollte.



Lutz Lienenkämper (CDU)

**Eiskirch:** Die Fragestellung impliziert ja, dass das Ende des NRW-Bergbaus bereits besiegelt wäre. Das ist jedoch nicht der Fall. 2012 wird der Bundestag über die Möglichkeiten für einen Sockelbergbau nach 2018 entscheiden. Ich sehe darin die große Chance, den Zugang zu den heimischen Energiereserven offen zu halten sowie

die Entwicklung und Fertigung von Bergbautechnik hierzulande dauerhaft zu sichern. Das sollte uns auch künftig etwas wert sein. Wer kann denn vor dem Hintergrund stark schwankender Weltmarktpreise heute schon mit Gewissheit sagen, dass die heimische Steinkohle in einigen Jahren nicht schon wieder konkurrenzfähig ist. Ich erinnere in diesem Zusammenhang gerne an die mahnenden Worte des RAG-Chefs Werner Müller, der im Wirtschaftsausschuss gesagt hat: „Wenn es typisch deutsch läuft, dann schließen wir die letzte Zeche genau dann, wenn die deutsche Kohle gerade wettbewerbsfähig ist“.

**Priggen:** Ich sehe hierfür überhaupt keine Chancen. Das Planungsverfahren für die Zeche Donar sollte sofort eingestellt werden. Das ist Verschwendung öffentlicher Gelder. Wir haben in NRW gute Bergleute, wir haben eine sehr gute Bergbautechnik, aber die geologischen Gegebenheiten machen einen wirtschaftlich vertretbaren Steinkohlenbergbau hierzulande unmöglich. In unmittelbarer Nachbarschaft der Zeche Donar liegt die Zeche Hamm. Hier belaufen sich die Förderkosten derzeit auf 349 Euro pro Tonne, während beispielsweise in Kanada die Tonne Steinkohle für fünf Euro gefördert wird. Ich halte es daher für völlig ausgeschlossen und illusionär, die Zeche Donar privatwirtschaftlich betreiben zu können. Dafür wird sich nie und nimmer ein Investor bereit erklären.

**Brockes:** Die FDP ist nicht gegen den Steinkohlenbergbau an sich, sondern gegen dessen

staatliche Subventionierung in Milliardenhöhe zu Lasten der Steuerzahler. Und wegen ihrer geologischen Situation ist die heimische Steinkohle nicht wettbewerbsfähig. Zudem müsste der Eigentümer einer privat betriebenen Zeche sämtliche Kosten, auch die Altlasten und Ewigkeitskosten, übernehmen. Das ist der Grund dafür, dass sich kein privater Investor für das Abbaufeld Donar findet. Weder die Stahlindustrie noch die Bergbauzulieferer haben ein Interesse an der Finanzierung eines solchen Projekts, weil es wirtschaftlich unsinnig wäre. Die RAG selbst hat dies erkannt und ihren Bergbautechnikbereich an ein amerikanisches Bergbauunternehmen verkauft. In keinem Fall dürfte am Ende der Steuerzahler für ein solches Himmelfahrtskommando zur Kasse gebeten werden.

**Ist die für die Ewigkeitskosten gefundene Lösung für das Land tragfähig?**

**Lienenkämper:** Nach meiner Einschätzung handelt es sich um eine tragfähige Lösung. Es ist ein Erfolg, dass sich der Bund zu einem Drittel an den nicht gedeckten Ewigkeitskosten beteiligen wird. Weiter ist zu begrüßen, dass



Thomas Eiskirch (SPD)

es eine Neuaufteilung der Kosten insgesamt gegeben hat. Das bringt für NRW eine Einsparung von rund 278 Millionen Euro. Gut ist sicherlich auch, dass vermieden werden konnte, die Erlöse aus dem Börsengang der RAG für laufende Subventionen einzusetzen. Damit sind die zum jetzigen Zeitpunkt seriös prognostizierbaren Kosten abgedeckt. Grundlage dieser Berechnung ist das KPMG-Gutachten. Klar ist aber auch, dass kein Gutachter der Welt alle möglichen Eventualitäten bis zum Jahre 2018 detailliert mit einbeziehen kann. Von daher hat die gefundene Lösung immer einen gewissen Prognosecharakter. Deshalb ist der Kompromiss in bestimmten Punkten auch noch dynamisch.

**Eiskirch:** Die Frage müsste eher lauten, ob sich die Lösung noch tragfähiger hätte gestalten lassen? Der Status quo besagt, der „weiße“ Bereich der RAG haftet für die Schäden, die der „schwarze“ Bereich verursacht, und wenn die Haftungsmasse nicht ausreichen sollte, muss das



Land NRW dafür aufkommen. Im Rahmen der Berliner Verhandlungen zum Kohlekompromiss hatte der Bund angeboten, künftig mehr als ein Drittel eines möglichen Risikos abzusichern. Doch da unserem Ministerpräsidenten die Symbolpolitik eines Ausstiegsjahres für NRW wichtiger war, liegt der Anteil des Bundes jetzt bei lediglich einem Drittel. Das ist zwar eine Verbesserung, mit mehr Verhandlungsgeschick hätte der Ministerpräsident jedoch eine noch bessere Lösung aus-handeln können.



Fotos: Schälte

Reiner Priggen (GRÜNE)

**Priggen:** In dieser Frage gibt es derzeit noch keine Lösung. Bislang haben der Bund, NRW und das Saarland die historische Entscheidung über das Ende des subventionierten Steinkohlenbergbaus getroffen. Das ist gut so. Ich bin mir aber sicher, das Ende der Kohle wird für NRW viel teurer werden, als wir alle angenommen haben. So war es in Frankreich und so wird es auch hierzulande sein. Detaillierte Regelungen, was zu den Altlasten und was zu den Ewigkeitskosten zu zählen ist und wie genau eine Aufteilung der Lasten zwischen Bund und Land aussehen könnte, sind noch nicht getroffen worden. Auch das KPMG-Gutachten weist in vielen Detailfragen Lücken auf. Mit der Beantwortung all dieser Fragen liegt noch viel Arbeit vor uns. Für NRW geht es um sehr viel Geld.

**Brockes:** Entscheidend ist zunächst einmal, dass der endgültige Ausstieg aus dem Subventionsbergbau beschlossen worden ist. Der sozialverträgliche Ausstieg ohne betriebsbedingte Kündigungen aus dem Subventionsbergbau ist sichergestellt. Nordrhein-Westfalen zahlt 2014 den letzten Euro für die Förderung deutscher Steinkohle. Der von der SPD geforderte Sockelbergbau ist vom Tisch. Das ist eine historische Entscheidung für NRW und ein großer Erfolg für die FDP. Spätestens 2018 werden keine zusätzlichen Ewigkeitskosten mehr entstehen. Unsere Koalition aus CDU und FDP hat zudem durchgesetzt, dass der Bund sich zu einem Drittel an der Finanzierung der Ewigkeitskosten beteiligt und NRW die Zeche nicht alleine zahlen muss. Es wäre uns auch gelungen, mehr zu er-

reichen, wenn die schwarz-gelbe Koalition bei der Interessenwahrnehmung für Nordrhein-Westfalen von allen Fraktionen und verantwortlichen Parteien im Lande unterstützt worden wäre. Stattdessen ist die SPD dem Ministerpräsidenten in den Rücken gefallen und hat offensiv gegen die Interessen unseres Landes gearbeitet.

**Die halbe Bergbau-Milliarde des Landes – fließt diese Summe künftig uneingeschränkt für das „neue Ruhrgebiet“?**

**Lienenkämper:** Zunächst einmal wird es die Initiative „Zukunft Ruhr“ geben. Darüber hinaus darf man nicht übersehen, dass Steinkohlenbergbau nicht nur im

Ruhrgebiet stattfindet. Bei der Diskussion dürfen wir das Münsterland und den Niederrhein nicht unter den Teppich kehren. Aufgabe der Landesregierung ist es, den Strukturwandel, der sich aus dem auslaufenden subventionierten Steinkohlenbergbau ergibt, insgesamt zu begleiten und abzufedern. Natürlich wird auch künftig ein Schwerpunkt im Ruhrgebiet liegen, da hier die größten Anpassungsnotwendigkeiten entstehen. Aber die Landesregierung wird auch die anderen Landesteile nicht unberücksichtigt lassen. Die eingesparten Mittel sollten jedenfalls teilweise – wie auch bei der Ziel-2-Förderung aus Europa – nach Wettbewerbsgesichtspunkten vergeben werden. Dahinter steckt die Idee, Gelder nicht nach dem Gießkannenprinzip übers Land zu verteilen, sondern Anreize für Innovation und Forschung zu schaffen.

**Eiskirch:** In der derzeitigen Debatte ist ja immer von zwei halben Milliarden die Rede. Schwarz-Gelb gibt vor, das Land spare künftig eine halbe Milliarde Euro ein. Das ist jedoch mitnichten so. Selbst im Falle von Einspareffekten bin ich wenig zuversichtlich, dass das Ruhrgebiet von diesen Mitteln profitieren wird. Eher landen sämtliche Einsparungen – wie schon in den vergangenen zwei Jahren – beim Finanzminister. Die zweite halbe Milliarde ist die, die der Bund als Strukturhilfen für das Ruhrgebiet angeboten hatte. Voraussetzung wäre eine Beteiligung des Landes an den Bergbausubventionen bis zum Jahre 2018 gewesen. Dieses Angebot hat der Ministerpräsident jedoch ebenfalls ausgeschlagen. Dabei bräuchte man jetzt die

Mittel, um Perspektiven für die Menschen in den betroffenen Regionen zu schaffen. Da er die Bundesmittel nicht genommen hat, muss er jetzt Landesgeld in die Hand nehmen.

**Priggen:** Ich befürchte, dass wir auch in den kommenden Jahren keine Mittel einsparen können, sondern im schlimmsten Fall die halbe Milliarde bis 2018 zahlen müssen. Die Kosten für den Ausstieg werden dramatisch ansteigen und von der halben Milliarde wird nicht viel übrig bleiben. Zudem darf man nicht vergessen, dass NRW derzeit Schulden aufnimmt, um die Subventionszahlungen an die Steinkohle aufbringen zu können. Das Ruhrgebiet wird sich aus eigener Kraft helfen müssen. Schon seit langem ist die Kohle kein Gewinn mehr für das Ruhrgebiet, sondern eine Belastung. Daher bedauere ich auch die Revisionsklausel im Kohlekompromiss. Damit wird bei den Bergleuten die Illusion erweckt, die Steinkohle hätte womöglich noch eine Chance in NRW. Dabei sollten insbesondere die jüngeren, gut ausgebildeten Kumpels jetzt bereits alles daran setzen, um sich nach beruflichen Alternativen umzusehen.

**Brockes:** Wir haben den sozialverträglichen Ausstieg aus dem Subventionsbergbau in Deutschland besiegelt. Dieser Beschluss eröffnet uns die Chance für eine nachhaltige Modernisierung der Bergbaureviere, mit der wir bereits jetzt beginnen. Wir haben dafür gesorgt, dass jetzt endlich in die Zukunft Nordrhein-Westfalens



Dietmar Brockes (FDP)

investiert werden kann, in Bildung, Forschung und Entwicklung. Denn der Ausstieg aus dem Subventionsbergbau ist für uns zugleich der Einstieg in die Modernisierung Nordrhein-Westfalens.

**Die Interviews führten Jürgen Knepper und Axel Bäumer.**

# Zügige Beteiligung an Anti-Terror-Datei

## Landtag debattiert über die Änderung des Polizeigesetzes

Im September vergangenen Jahres hat die Innenministerkonferenz die Einrichtung einer zentralen Anti-Terror-Datei der Polizeibehörden und Nachrichtendienste von Bund und Ländern beschlossen. Die Datei soll einen beschleunigten Austausch von Daten ermöglichen, der für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus erforderlich ist. In NRW fehlt der Polizei gegenwärtig die gesetzliche Grundlage für die Beteiligung an dieser Datei. Darum hat die Landesregierung einen Gesetzentwurf eingebracht (Drs. 14/3641), der die NRW-Polizeibehörden ermächtigen soll, ihre Daten und Erkenntnisse künftig in gemeinsamen Dateien mit anderen Sicherheitsbehörden zu verarbeiten.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) erklärte, die rechtliche Grundlage für den bundesweiten Betrieb der Datei bilde das Anti-Terror-Datei-Gesetz des Bundes. Dieses Bundesgesetz sei jedoch nach Rechtsauffassung der Landesregierung für die Teilnahme der NRW-Polizei nicht ausreichend, da die Regelungsbefugnis dem Landesgesetz vorbehalten ist. Die notwendige Rechtsgrundlage werde nun mit der Einfügung eines neuen Paragraphen 33 Absatz 6 Polizeigesetz (siehe Kasten) geschaffen. „Damit wird in Zukunft nicht nur wie bislang ein Datenfluss innerhalb der Polizei gewährleistet, sondern unter Beachtung des Trennungsgebotes wird auch der Weg für den erforderlichen Informationsaustausch aller Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Terrorismus freigemacht“, so Wolf.

Thomas Stotko (SPD) zeigte sich enttäuscht über den Entwurf der Landesregierung: Der Minister habe ganze fünf Monate gebraucht, um eine gesetzliche Grundlage zu formulieren, die lediglich aus dem Verfassungsschutzgesetz

abgeschrieben wurde. „Herausgekommen ist so gut wie nichts, denn das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten heben Sie hiermit auf“, kritisierte Stotko. Dies sei unbegreiflich, insbesondere vor dem Hintergrund, dass diese laxe Formulierung schon bei der Anhörung zur Novellierung des NRW-Verfassungsschutzgesetzes von den Sachverständigen als verfassungswidrig eingestuft wurde. Stotko: „Das nehmen Sie offensichtlich gar nicht ernst.“ Damit gefährde der Minister die „Sicherheit der Rechtschaffenen“ im eigenen Land.

### Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeigesetzes NRW (Auszug)

Paragraf 33 soll um folgenden Absatz\* ergänzt werden:

**(6) Die Polizeibehörden sind befugt, personenbezogene Daten in gemeinsamen Dateien mit den Polizeibehörden des Bundes und der Länder und anderen Sicherheitsbehörden zu verarbeiten, wenn besondere bundesrechtliche oder landesrechtliche Vorschriften Anlass, Umfang und sonstige datenschutzrechtliche Anforderungen regeln.**

\*Wortgleich mit dem geänderten Paragraphen 13 des Verfassungsschutzgesetzes NRW

Winfried Schittges (CDU) widersprach der Ansicht, dass die Ermächtigungsgrundlage im Paragraf 33 Absatz 6 das Trennungsgebot des Grundgesetzes verletzt. Tatsächlich wäre ein solcher Verstoß nur dann gegeben, wenn eine organisatorische Zusammenlegung der Zentralstellen beispielsweise von Verfassungsschutz und Vollzugspolizeibehörde vorgenommen würde. „Genau das ist hier nicht der Fall“, so der Abgeordnete. „Wir wollen die gemeinsame Nutzung von Dateien ermöglichen, um dem Staat endlich ein nützliches Werkzeug für die Bekämpfung des Terrorismus an die Hand zu geben.“ Dabei gehe es nicht darum, den Behörden das Sammeln neuer Daten zu ermöglichen. Vielmehr solle die Nutzung bereits vorhandener Dateien effektiver gestaltet werden.

Monika Düker (GRÜNE) bezeichnete die Anti-Terror-Datei als notwendig. Fraglich sei jedoch, in welcher Form ein Datenaustausch stattfinden solle. Hier lasse es die Landesregierung an der nötigen Klarheit mangeln. „Verfassungsschutz und Polizeibehörden haben völlig unterschiedliche Rechtsgrundlagen, aufgrund derer sie Daten erheben: hier die Opportunität, dort das Legalitätsprinzip“, sagte die Abgeordnete. „Das Trennungsgebot steht einer einfachen Vermischung dieser Daten eindeutig entgegen.“ Statt die Bedenken der Rechtsexperten ernst zu nehmen, übertrage der Minister die Formulierung vom Verfassungsschutzgesetz 1:1 ins Polizeigesetz. Düker: „Daran sieht man, wie wenig der Datenschutz und die rechtsstaatlichen Leitplanken, die solche Gesetze brauchen, für Sie von Interesse sind.“

Horst Engel (FDP) betonte, die anhaltend hohe Bedrohung durch den internationalen Terrorismus erfordere den bestmöglichen Austausch von Daten der Sicherheitsbehörden von Bund und Land. Die Landesregierung schaffe jetzt die rechtliche Voraussetzung für die Teilnahme der NRW-Polizei an einer gemeinsamen Datei. Er wies den Vorwurf zurück, Minister Wolf habe sich bei der Innenministerkonferenz mit seiner Forderung nach einer reinen Indexdatei (enthält nur Grunddaten zur Personenidentifizierung) nicht durchsetzen können. „Wir haben nichts anderes als eine Indexdatei“, so Engel. „Erst auf weitere Rückfragen sind wir in der Lage, einen ganzen Lebenslauf von einer Person, die im Interesse der Fahndung steht, zu bekommen.“

## Die Landesbeauftragte ...

... für Datenschutz und Informationsfreiheit hat den 18. Bericht dem Landtag vorgelegt. Auf knapp 200 Seiten werden Themen wie Phishing, Online-Banking, Videoüberwachung, elektronische Gesundheitskarte oder biometrische Pässe abgehandelt und auf ihre Auswirkungen auf die informationelle Selbstbestimmung abgeklopft. Auf dem Bild die Landesbeauftragte Bettina Sokol mit dem Bericht, den sie im Parlament an Landtagspräsidentin Regina van Dinter übergeben hat.

Foto: Schälte



# Neue Strukturen für die Polizei

## Experten zur Abschaffung der mittleren Führungsebene



Polizeipräsidium Bielefeld

Stellungnahme anlässlich der öffentlichen Anhörung  
des Landtages Nordrhein-Westfalen  
am 28. Februar 2007  
zu dem Gesetzentwurf  
„Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes  
und zur Änderung weiterer Vorschriften  
über die Organisation der Polizei“

*Mehr Polizei auf die Straße – dieses Ziel verfolgt der Entwurf der Landesregierung zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes (Drs. 14/609). Durch die Abschaffung der mittleren Führungsebene bei den Bezirksregierungen will man die Struktur straffen und gleichzeitig bis zu 150 Stellen für den operativen Dienst freiräumen. Soweit der Anspruch. Ob dieser sich mit dem vorliegenden Entwurf in die Tat umsetzen lässt, sollten Experten aus der Praxis den Fachpolitikern im Innenausschuss (Vorsitz Winfried Schittges, CDU) erläutern.*

Foto: Schälte

Dabei bot sich den Abgeordneten ein durchaus differenziertes Bild. Während ein Teil der Experten lediglich Bedenken in Detailfragen formulierte, sprachen andere der Neuregelung die Machbarkeit komplett ab.

Im Mittelpunkt der Debatte stand dabei die Frage, wie man künftig zentral eine Zahl von immerhin 47 Polizeibehörden steuern will. Die Bewertungen der so genannten „Steuerungsspanne“ reichten von „unmöglich“ bis zu „ambitioniert“. Warum, verdeutlichte unter anderem der Bielefelder Polizeipräsident Erwin Südfeld: Schließlich seien die Kreispolizeibehörden untereinander kaum zu vergleichen. 14 von ihnen verfügten zum Beispiel über eine Bereitschaftshundertschaft, die kleinste der Behörden sei mit 200 Mitarbeitern kleiner als eine einzelne Inspektion der mit 5.000 Personen größten Behörde. Südfelds Rat: „Es liegt nahe, auch auf der Ebene der Kreispolizeibehörden zu Synergien zu kommen.“ Dem Organisationsentwurf der Regierung räumte der Polizeipräsident zumindest dann Chancen ein, wenn „möglichst viele der bei den Bezirksregierungen angesiedelten Aufgaben wegfallen und der Rest gleichmäßig auf die Kreispolizeibehörden und die dann drei Landesoberbehörden verteilt wird“.

„Warum neue Landesbehörden schaffen? In allen anderen Ressorts werden Oberbehörden abgeschafft und Aufgaben an die Bezirksregierungen delegiert“, stellte die ehemalige Arnberger Regierungspräsidentin Renate Drewke

(SPD) fest und sah in der geplanten Organisationsstruktur einen Widerspruch zu den Effektivierungsbemühungen der Regierung. Auch trieb sie die Sorge um, die Bezirksregierungen in ihrer Funktion als Gefahrenabwehrbehörde würden bei Ereignissen wie Kyrill durch die Herauslösung der Polizei geschwächt.

„Diese Organisationsänderung erschwert die Führung bei Großlagen wie Terrorismusbekämpfung oder Fußballspielen“, stellte Werner Geck fest, Leitender Polizeidirektor a.D. und derzeit mit dem Aufbau der mazedonischen Polizei beschäftigt. Er sprach der neuen Struktur gar die EU-Tauglichkeit ab. Da fiel sein Rechenbeispiel, mit 150 Stellen könne man nicht einmal für jede der 47 Kreispolizeibehörden eine zusätzliche Funktion im Wachdienst realisieren, kaum mehr ins Gewicht.

### 1.600 VERNEHMUNGEN

„Jede Stelle mehr bedeutet 1.600 Arbeitsstunden mehr. Das sind im Jahr 1.600 Vernehmungen. Was man da alles erfahren kann“, widersprach Wilfried Albishausen vom Bund Deutscher Kriminalbeamter dem Kollegen. Ausdrücklich begrüßte er – „bei allen Bedenken“ – den Gesetzentwurf. „Wir müssen uns mal genau angucken, was in den Dezernaten 25/26 gemacht wurde“, meinte der Kriminalbeamte. Er setzte auf ein künftig weniger ausgeprägtes

Berichtswesen und eine effektivere Personalbewirtschaftung vor Ort. Weiteren Reformbedarf sah er in der Zukunft für die Abteilung 4 des Innenministeriums.

Uneins waren in der Bewertung des Vorschlags die Polizeigewerkschaften: Auf der einen Seite die entschiedene Kritik von GdP-Chef Frank Richter. Er sah keine echte Straffung der Organisation, erwartet vielmehr einen zusätzlichen Bürokratieaufbau und „gravierende Schnittstellenprobleme“. Kollege Reiner Wendt von der Deutschen Polizeigewerkschaft NRW gab sich zwar auch nicht restlos überzeugt, sah aber die Chance, zu sinnvollen Synergien zu kommen. „Deshalb stimmen wir zu.“ Einig waren sich die Arbeitnehmervertreter darin, dass die Reform von vornherein scheitern muss, „wenn Sie die 40.000 Mitarbeiter nicht mitnehmen“. Hier seien die geplanten Einschnitte im Landespersonalvertretungsrecht mehr als kontraproduktiv.

Während sich Wendt eine weitere Landesoberbehörde Verkehrsunfälle gewünscht hätte, plädierte Thomas Hendele vom Landkreistag für nur eine statt nun drei Landesbehörden. Dieses, vom Landkreistag bereits 2005 favorisierte Modell, brächte für die Behörden vor Ort tatsächlich nur einen einzigen Ansprechpartner; die jetzt geplante Regelung hingegen mehr Verwaltungsaufwand. Noch nicht ganz klar schien ihm, wer künftig die Dienst- und Fachaufsicht ausüben solle. „Bitte nicht das Innenministerium“, so sein Appell.

voK

## Wer die Wahl hat ...

### Schülern den Übergang zur Hochschule erleichtern

*Viele junge Leute haben Probleme bei der Studienwahl. Das führt zu einer hohen Abbrecher- und Wechsler-Quote. Die laufenden Reformprozesse an Schule und Hochschule seien der ideale Zeitpunkt, um beide besser aufeinander abzustimmen und so den Abiturientinnen und Abiturienten den Übergang zu erleichtern, fanden die Grünen und stellten den Antrag „Reformprozesse in Schule und Hochschule aufeinander abstimmen – Übergang optimieren“ (Drs. 14/884).*

Auch die SPD hatte einen Antrag zur Hochschulentwicklung vorgelegt: Die Sozialdemokraten möchten „Hochschulen als Träger der beruflichen Ausbildung stärken“ (Drs. 14/2586). Zu beiden Anträgen hörte der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Vorsitz Ewald Groth, GRÜNE) Sachverständige.

Dr. Peer Pasternack vom Institut für Hochschulforschung Wittenberg verglich den Antrag der Grünen mit dem Konzept der Landesregierung und definierte die Problemlage. „Beide Ansätze haben eines gemeinsam“, erklärte er. „Sie fragen nach der Studierfähigkeit und stellen zum anderen die Orientierungs- und Informationsprobleme bei der Studienwahl fest.“ Uneinigkeit herrschte bei den Experten vor allen Dingen über die Frage, wer diesen Mangel denn nun beheben sollte: die Schule, die Universität oder gar die angehenden Studierenden selber.

„Wir haben immer gefordert, dass die Schule eine Vorbereitung für das Studium sein soll“, so Karl Schultheis (SPD). Leider sei das nie ganz zu verwirklichen gewesen.

„Die Grünen schlagen sinnvollerweise eine Form der Berufsberatung vor, die in die Unterrichtsfächer integriert ist und nicht als externe Einheit aufgesetzt wird,“ lobte Pasternack den Antrag. Grundsätzlich vermisse er aber auch dort eine bundesweite Systematisierung der Studienvorbereitung.

„Wenn junge Erwachsene Probleme mit dem Übergang haben, dann liegt das hauptsächlich an drei Punkten“, sagte Dr. Jupp Asdonk vom Oberstufenkolleg an der Universität Bielefeld. Erstens: Schule und Universität seien zwei fremde Lernfelder, in denen die Bedingungen und Anforderungen sich grundsätzlich unterschieden. Zweitens: Die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Studenten je nach ihrer sozialen Herkunft würden weiterhin zunehmen. „Die erworbenen Kompetenzen sowie die Entscheidung für die berufliche Entwicklung sind von der sozialen Herkunft abhängig.“ Drittens verwirrten die unterschiedlichen Prüfungsordnungen und die Unübersichtlichkeit der Informationen. Sein Vorschlag: „Die Beratung sollte sich idealerweise auf die individuellen Bedingungen und die Persönlichkeit konzentrieren.“ Zusätzliche Leistungen könne man den Schulen

nicht aufbürden, ohne sie gleichzeitig personell und finanziell zu entlasten, wandte Dr. Thomas Nisters von der Universität Köln ein.

Im Gegensatz dazu fragte Christian Lindner (FDP), ob man von den jungen Leuten nicht mehr Eigenverantwortung erwarten könne. „Müssten wir nicht die Abiturienten selbst stärker verpflichtet, sich mit den Möglichkeiten in Studium und Beruf auseinanderzusetzen?“ Und: Wie könne das gelingen?

Eigenverantwortung sei gut und schön, entgegnete Ralf Hörksen von der Regionaldirektion der Bundesanstalt für Arbeit. Jedoch: „Mit bundesweit 4.000 Studiengängen und 40.000 Spezialisierungen sind Schüler und ihre Elternhäuser hoffnungslos überfordert.“ Die Studienwahl sei die erste wichtige Lebensentscheidung. „Darauf werden sie in Schule und Gesellschaft bislang nicht vorbereitet.“

#### „REKRUTIERUNGSTAG“

Mehr Aktivität von den Hochschulen wünschte sich Dr. Michael Brinkmeier (CDU). „Die aufnehmenden Hochschulen sollten mehr auf die Schulen zugehen und sich bei den zukünftigen Studierenden bewerben.“ Um dies zu verwirklichen, schwebte ihm eine Art „Rekrutierungstag“ vor.

„Die Oberstufenreform hat die Wahl der Leistungskurse eingeschränkt“, erinnerte der Ausschussvorsitzende Ewald Groth. Sei das nicht problematisch für die Studienwahl? Dies sah Said Giancoli von der Landeschülervertretung ähnlich. „Das Zentralabitur lässt keinen Raum für eine flexible Abstimmung der Inhalte auf die Interessen und Fähigkeiten der Lernenden“, kritisierte er. Auch die auf zwölf Jahre verkürzte Schulzeit wirke sich negativ auf die Studierfähigkeit aus, weil die Erstsemester dadurch jünger seien.

Eine gute Brücke seien sicherlich die so genannten Schnupperkurse, sagte auch sein SV-Kollege Horst Wenzel. „Allerdings nehmen dieses Angebot nur diejenigen wahr, die der Forderung nach Eigenverantwortung sowieso schon gerecht werden.“ Besser sei ein verpflichtendes Angebot für die gesamte Jahrgangsstufe. „Man darf die Abiturienten und Studienanfänger nicht alleine lassen“, forderte er. YV

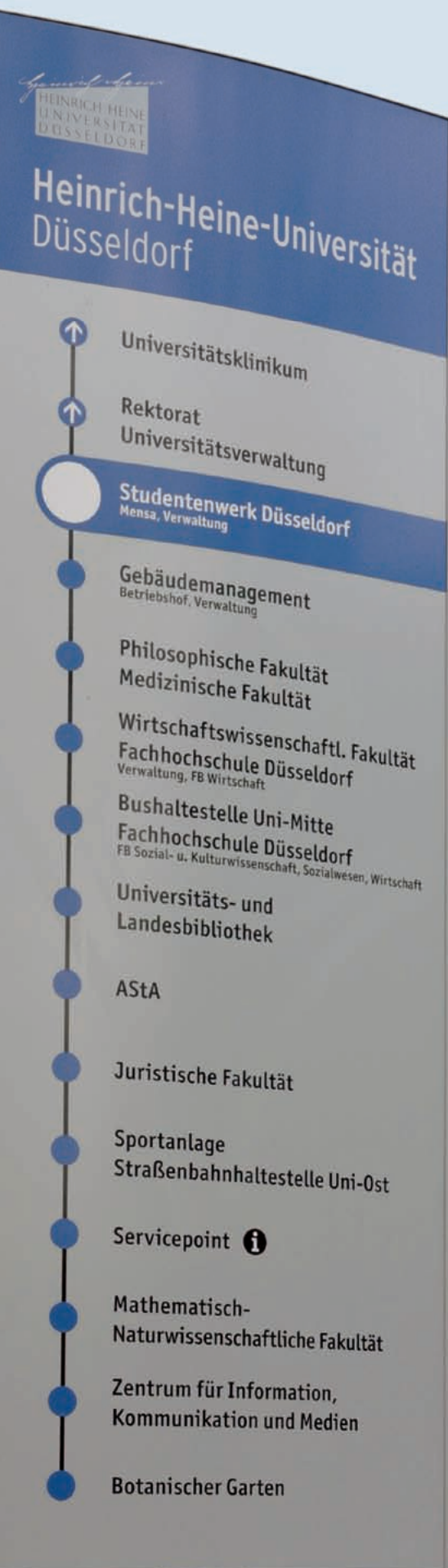
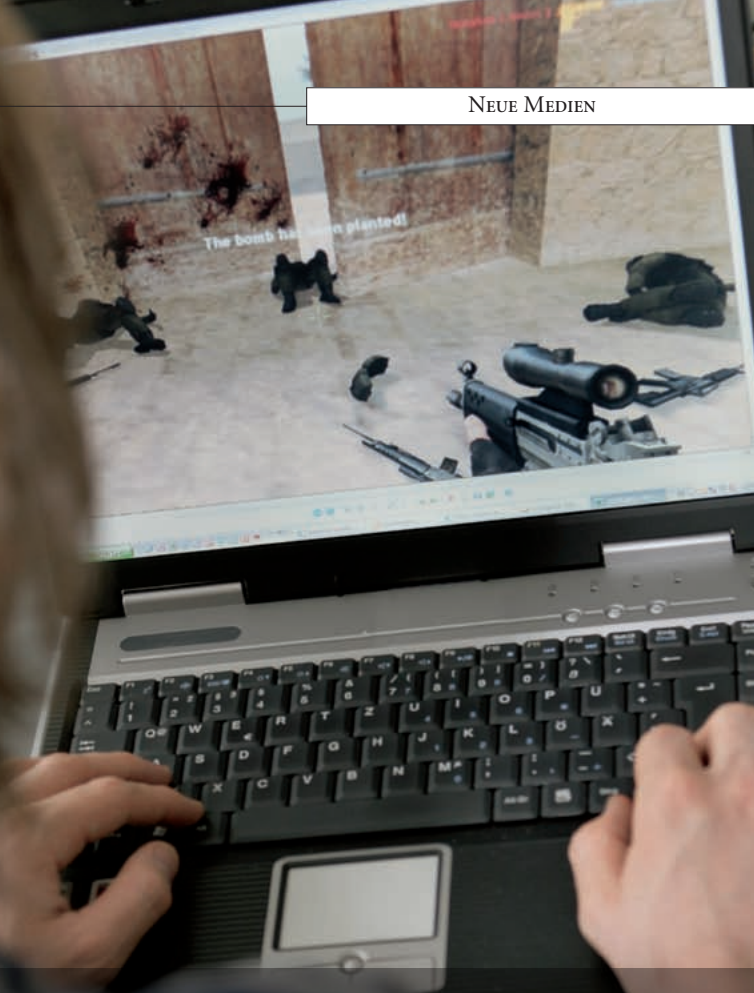


Foto: Schälte

Foto: Schälte



## Wie gefährlich sind Killerspiele?

### Ausschuss debattiert über Ursachen von Gewalt an Schulen

*Der Amoklauf von Emsdetten hat die Diskussion über das Verbot von gewalthaltigen Computerspielen – so genannten Killerspielen – neu entfacht. Denn auch der 18-jährige Täter von Emsdetten war nicht nur als Waffennarr, sondern als begeisterter Anhänger dieser Spiele bekannt. Fraglich ist: Gibt es einen engen Zusammenhang zwischen Gewaltspielen und -videos und realen Gewalttaten? Kann man dem Problem mit Verboten beikommen? Zur Erörterung dieser Fragen hatte der Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) Sebastian Gutknecht, Experte für Jugendmedienschutz bei der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW (AJS), eingeladen.*

Die Diskussion über das Killerspielverbot gehe an den wirklichen Problemen völlig vorbei, war sich der Jugendschutz-Experte sicher. Die ohnehin große Unsicherheit bei Eltern und Lehrern werde durch die „teilweise hysterische und sachlich falsche Diskussion in der Öffentlichkeit“ noch verstärkt. „Es gibt keine gesicherte wissenschaftliche Basis dafür, dass gewalthaltige Medien Ursache von realen Gewalttaten sind.“ Die AJS gehe davon aus, dass der Konsum gewalthaltiger Medien ein Symptom für bereits vorhandene Gewaltbereitschaft, nicht jedoch deren Ursache sei.

Auch die rechtlichen Regelungen und Prüfeinrichtungen im deutschen Jugendmedienschutz bezeichnete Gutknecht als ausreichend und im internationalen Vergleich sogar als sehr streng. Vielmehr sei ein Vollzugsdefizit zu beklagen: Für Jugendliche stelle es heute kein Problem mehr da, über Internet und Handy an indizierte Bilder, Filme oder Computerspiele

zu gelangen. Zudem stoße staatlicher Jugendschutz an seine Grenzen, wenn Kinder zu Hause für ihre Altersklasse nicht freigegebene Medien nutzen können, weil Eltern dies – aus Unkenntnis oder Desinteresse – tolerieren.

Statt vorschneller Rufe nach weiteren Verboten sei eine Stärkung der Medienkompetenz bei Eltern und Lehrern dringend erforderlich, um Kindern den verantwortungsvollen Umgang mit Medien beizubringen. Die Aktivitäten der Schulen erschöpften sich vielfach in bloßen Abwehrmaßnahmen, beispielsweise durch das Verbot von Handys an Schulen.

Meldungen über Anstiege bei der Jugendgewalt, so Gutknecht weiter, seien insgesamt zu relativieren: „Die Zunahme der Fallzahlen dürfte auf die höhere Anzeigebereitschaft in der Bevölkerung zurückzuführen sein.“ Auffällig sei hingegen, dass sich die Zahl der weiblichen jugendlichen Gewalttäter seit 1993 nahezu verdreifacht habe. Umfragen hätten gezeigt, dass

die „gefühlte Unsicherheit“ unter Jugendlichen hoch ist. „Jeder dritte Jugendliche hat Angst vor Gewalt in der Schule oder Angst davor, Opfern von Angriffen zu helfen“, so der Experte.

Die eigentliche Ursache für Gewalt an Schulen liege in erster Linie im familiären sowie auch im schulischen Umfeld begründet. Kinder und Jugendliche, die in einem gewaltgeprägten Umfeld aufwachsen, litten vielfach unter einem niedrigen Selbstwertgefühl. Erschwerend komme oft ein schlechtes sozial-emotionales und von Anonymität geprägtes Schulklima hinzu. Das wiederum könne bei den Jugendlichen zu einer erhöhten Gewaltbereitschaft führen, die sie entweder offen auslebten oder durch Isolierung und Rückzug in eine eigene Scheinwelt aufstauten.

Zu welch drastischen Gewaltausbrüchen diese aufgestauten Emotionen führen können, habe der Amoklauf in Emsdetten gezeigt. Dabei habe der Täter eindeutig Hilferufe ausgesendet, die weder von den Eltern, den Lehrern noch den Mitschülern gehört wurden. „Dies muss uns mahnen und sensibel machen“, so Gutknechts abschließender Appell.

#### ERZIEHUNG ZUR MEDIENKOMPETENZ

Die Ausschussmitglieder bedankten sich für den ausführlichen Bericht. Ute Schäfer (SPD) erkannte darin eine Aufforderung an die Politik, Aspekte wie soziale Kompetenz künftig noch stärker in die bildungspolitische Debatte zu rücken. „Auch in der PISA-Diskussion geht unsere Betrachtung oftmals nicht über rein kognitive Punkte hinaus“, so Schäfer. Zustimmung erhielt sie von Klaus Kaiser (CDU): Einmal mehr sei deutlich geworden, dass das Problem Gewalt bei Jugendlichen nicht sektoral gelöst werden könne. Die Frage nach den Ursachen für Gewalt an Schulen sei daher „zu kurz gesprungen“. Vielmehr müsse die Ursachensuche auf alle Lebens- und Politikbereiche ausgeweitet werden.

Sigrid Beer (GRÜNE) regte an, nach finnländischem Vorbild hierzulande Fortbildungsprogramme zum Thema Medienkompetenz für alle Lehrkräfte verpflichtend einzuführen. Auch Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) befürwortete eine Stärkung der Medienkompetenzerziehung. Gleichzeitig warnte sie davor, nur die Lehrer in die Pflicht zu nehmen. In erster Linie seien hier die Eltern gefordert. Schließlich finde der erste Medienkontakt bei Kindern und Jugendlichen zu Hause statt.

ax

## „Alles, was eine Säge halten kann“

### Ausschuss informiert sich über Hilfsmaßnahmen nach Kyrill

*Auch wenn Kyrill in Brüssel und Berlin als „regionales“ Problem gelten mag – für viele Menschen im Land war der schlimmste Sturm in der Geschichte von Rheinland und Westfalen schlicht eine Katastrophe. Im Sauer- und Siegerland, insbesondere südlich von Lüdenscheid, stehen Waldbesitzer und Tourismusbranche seit dem 18. Januar oftmals vor dem Nichts. Wie geht es weiter? Diese Frage beschäftigte den Ausschuss für Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU).*

Staatssekretär Dr. Alexander Schink konnte sechs Wochen nach dem Orkan mit sehr detaillierten Schadensdaten aufwarten. Statt der zunächst geschätzten zwölf hat Kyrill tatsächlich 15,7 Millionen Festmeter Holz entwurzelt. Knapp elf Millionen sind als Stammholz zu vermarkten. Die von Svenja Schulze (SPD) angefragten Erkenntnisse zu Schadensgründen und möglichen Strategien für die Zukunft könne man endgültig erst nach Auswertung der durchgeführten „Befliegung“ entwickeln. Nach bisherigen Erkenntnissen habe Kyrill unabhängig von Mischwald oder Monokultur gewütet. Allerdings stehe auch fest, dass bei der Wiederaufforstung – geschätztes Fördervolumen rund 100 Millionen Euro – Fichte auf Fichte nicht „der Weisheit letzter Schluss“ sei. Ein Kriterium für die Stärke der Zerstörung scheint die Topografie zu sein: Tatsächlich sind die engen Täler des Märkischen Sauerlandes besonders betroffen. „Hier hatte der Orkan am Talboden einen längeren Weg zurückzulegen als in der Höhe. Durch den Sog sind die Bäume regelrecht abgesaugt worden“, berichtete Schink.

„Zurzeit ist alles im Wald, was eine Säge halten kann“, sagte der Staatssekretär und beklagte 163 Arbeitsunfälle und den Tod zweier Menschen. Es sollte nur qualifiziertes Personal eingesetzt werden, auch angesichts der Tatsache, dass die Zeit drängt, weil ab Ende März die Gefahr durch den Borkenkäfer und Waldbrände steige. Mehrere zehntausend Festmeter räumen die Arbeiter derzeit täglich aus den Wäldern.

Dabei folgen sie einer im Ausschuss einstimmig festgelegten Fünf-Punkte-Prioritätenliste sowie einer strikten Prioritätenmatrix. Kriterien sind Lage, Höhe und Art des Bruchs.

„Nicht besser zu werden scheint das Problem des Abtransportes“, so die Kritik von Johannes Rimmel (GRÜNE). Er verwies vor allem auf schleppende Verhandlungen mit der Bahn. „Es gibt nur fünf geeignete Bahnhöfe in der Region.“ Das größere Problem, so der Staatssekretär, sei aber, „dass diese Züge auch ein Ziel, in der Regel ein Sägewerk, brauchen“. Hier habe man zunächst mit Zurückhaltung zu kämpfen gehabt. Nicht zuletzt deshalb hat das Ministerium jetzt einen Vertrag mit einem ausländischen Sägewerk über die Abnahme von mittelfristig 5,7 Millionen Festmetern abgeschlossen. „Eine preisstabilisierende Maßnahme“, lobte Monika Brunert-Jetter (CDU),

#### TRANSPORTPROBLEME

forderte aber gleichzeitig eine Lockerung der Regelungen zum Einsatz ausländischer Lkw. Schließlich brauche man vor Ort dringend Transportkapazitäten. Dies passiere in den nächsten Tagen, so die Auskunft des Ministeriums. Nicht folgen wollte der Staatssekretär – insbesondere aus Haftungsgründen – dem Hinweis von Holger Ellerbrock (FDP). Der regte an, der Landesbetrieb Wald möge zumindest vorübergehend Nasslagerplätze anlegen um die Situation zu entspannen. Allerdings will man der

Holzwirtschaft bei der Anlage solcher Plätze helfen. Unter anderem auch mit dem extra eingerichteten Call-Center. Hier beantworten sieben Experten täglich weit über hundert Anfragen.

Uneins waren sich die Abgeordneten in der Bewertung des Krisenmanagements, insbesondere aber bei der Finanzierung des 20 Millionen Euro großen Forst-Sonderfonds. Der soll sich aus den Mehreinnahmen des neu geschaffenen Landesbetriebs Wald durch den Verkauf von Sturmholz speisen. Damit, so die Kritik der Opposition, schwäche man den auf Wirtschaftlichkeit angelegten Betrieb. Neben diesen 20 stehen 40 Millionen aus dem Sonderkreditprogramm „Waldschäden“ der NRW.Bank zur Verfügung. Hier waren Ende Februar bereits 172 Anträge mit einem Volumen von 20 Millionen Euro eingegangen. Die forstliche Förderung wird über Verpflichtungsermächtigungen für 2008 auf acht Millionen aufgestockt.

Gleichzeitig – da waren sich alle Fraktionen einig – müsse es darum gehen, weitere Hilfen auch steuerlicher Art zu aktivieren. Im Mittelpunkt stehen dabei der Katastrophenerlass, das Forstschädenausgleichsgesetz des Bundes und Mittel aus dem Europäischen Sozialfond (ESF). Hier wird es vor allem darauf ankommen, deutlich zu machen, dass Kyrill mehr als nur ein regionales Problem war. „Zur Ehrlichkeit gehört aber auch“, so Dr. Alexander Schink abschließend, „dass wir nicht alle Schäden ausgleichen und das unternehmerische Restrisiko der Waldbesitzer übernehmen können.“ Auch nicht das der Tourismusbranche. vok

# Erneuter Streit ums Kopftuch

## Die ersten Trägerinnen wenden sich gegen das Verbot

*Mehrere Ausschüsse des Landtags befassen sich derzeit mit dem Kopftuchverbot. Darunter auch der Hauptausschuss (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU). Dieser Ausschuss war seinerzeit bei der Verabschiedung des 1. Schulrechtsänderungsgesetzes federführend, in dem die Koalition gegen die Bedenken der Opposition das so genannte Kopftuchverbot für islamische Lehrerinnen an staatlichen Schulen festgeschrieben hat.*

Zwölf Lehrerinnen/Sozialpädagoginnen und sieben Referendarinnen/Lehramtswärterinnen trugen derzeit ein Kopftuch in NRW-Schulen. Das seien die aktuellen Zahlen, berichtete Karin Paulsmeyer vom NRW-Schulministerium, die Schulministerin Barbara Sommer (CDU) bereits im Schulausschuss – auch Rechts- und Integrationsausschuss waren befasst – genannt habe. Während die Schulaufsicht das Kopftuchtragen von angehenden Lehrerinnen tolerieren muss – wegen des Ausbildungsmonopols, das der Staat in diesem Beruf hat –, schreit sie in den anderen Fällen ein.

Die Folgen sehen nach Darstellung der Ministeriumssprecherin so aus: Von den sechs Fällen von Kopftuchträgerinnen im Beamtenbereich sei vier Lehrerinnen das Tragen im Unterricht untersagt worden. Alle vier hätten dagegen Widerspruch eingelegt; von Klagen vor dem Verwaltungsgericht sei auszugehen. Dasselbe Zahlenverhältnis bei Lehrerinnen im Angestelltenverhältnis: Sechs Kopftuchträgerinnen, von denen vier eine Abmahnung erhalten hätten, gegen die zum Teil arbeitsrechtlich vorgegangen werde. Paulsmeyer merkte noch an, „nach intensiven Gesprächen“ hätten vier Kolleginnen vom Tragen eines Kopftuchs Abstand genommen.

AUF DER SICHEREN SEITE

Die Landesregierung sieht sich beim Vorgehen der Behörden auf der sicheren Seite. Die betroffenen Kopftuchträgerinnen beriefen sich zwar in ihrer Argumentation unter Hinweis auf die Tatsache, „dass Nonnen in Ordenstracht an staatlichen Schulen unterrichten dürften, im Wesentlichen auf das Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart vom 7. Juli 2006 und die dort gesehene Verletzung des Anspruchs auf Gleichbehandlung der verschiedenen Glaubensrichtungen bei Durchsetzung des Verbots“. Aber die Landesregierung halte das 1. Schulrechtsänderungsgesetz für verfassungskonform und folge der Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts, „welches in seinem Urteil vom 24. Juni 2004 die Regelung in Baden-Württemberg – die der in NRW entspricht – für zulässig gehalten hat“.

Dieser Auffassung stimmte Peter Biesenbach (CDU) für die Koalition ohne Einschränk-

ung zu: Das Gesetz sei verfassungskonform und werde entsprechend angewandt. Landtag oder Landesregierung stehe es nicht zu, über die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes zu befinden, dieses Urteil sei Sache der Gerichte, stellte er fest. Der SPD-Abgeordnete Wolfram Kuschke wandte ein, dem ursprünglichen Ziel der Gesetzesnovelle, klare Verhältnisse zu schaffen und den Schulfrieden herzustellen, widerspreche die Zahl der Widersprüche und Klagen. Kuschke: „Mit der gesetzlichen Regelung ist man keinen Schritt weitergekommen.“ Darauf kam der Hinweis von Biesenbach, die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes lasse sich nicht nach der Zahl der Klagen beurteilen, die dagegen eingereicht würden.

Darauf reagierte die Vorsitzende der Grünen Sylvia Löhrmann. Sie meinte, die Devise der Union laute offenbar: „Augen zu und durch!“ Die CDU „wiege ab“, die Landesregierung „kneife“. Wie Kuschke erinnerte sie an die Bedenken, die beide Fraktionen vor der Verabschiedung des Gesetzes durch Schwarz-Gelb erhoben hätten. Auf eine Sozialpädagogin anspielend, die das Kopftuch abgelegt und durch eine Baskenmütze ersetzt habe – was ihr dennoch eine Abmahnung der Bezirksregierung eingetragen hat –, wollte Löhrmann wissen: „Inwiefern verletzt eine Baskenmütze Grundrechte?“ Hier würden die Grenzen einer gesetzlichen Regelung „ausgetestet“, war die Replik der Koalition.

Der CDU-Sprecher betonte dann: Alle Argumente seien hinlänglich ausdiskutiert. Die Opposition unternehme den untauglichen Versuch, „eine längst geführte Debatte wieder anzuzetteln“. Man sollte in Ruhe die anhängigen Verfahren abwarten. JK



Der Schüleraustausch zwischen NRW und Israel trägt sichtbar Früchte: Dieses Bild wurde von jungen Menschen aus dem Norden Israels bei ihrem Besuch an Rhein und Ruhr angefertigt. Es zeigt den Förderturm des Weltkulturerbes Zeche Zollverein in Essen zusammen mit einigen Identität stiftenden Symbolen. Das Gemeinschaftswerk der Gruppe übergab in der Hauptausschusssitzung Werner Jostmeier (r.) an den Vorsitzenden der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe, Edgar Moron (l.).

Foto: Schälte

## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

**B**ürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 19. März 2007 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter (0211) 884-4444 erforderlich.

+++

**I**st ein Anti-Doping-Gesetz vonnöten? Darüber herrschte im **Sportausschuss** (Vorsitz Axel Wirtz, CDU) Uneinigkeit. Die SPD fordert ein solches Gesetz, weil die bestehenden Strafgesetze nicht ausreichend seien. Insbesondere müssten schon der Besitz und nicht erst der Handel mit entsprechenden Medikamenten und Drogen strafbar sein, so Theo Peschkes (SPD). Die Grünen forderten mehr Geld für die Dopingbekämpfung, Änderungen in den Packungsbeilagen von Medikamenten sowie eine Intensivierung der Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden. „Wir möchten den neuen Straftatbestand des Sportbetrugs einführen“, sagte Ewald Groth (GRÜNE). „Wir schließen uns dem Deutschen Olympischen Sportbund an, der eine eigene Sportgerichtsbarkeit nicht für sinnvoll hält“, betonte Holger Müller (CDU). Im Übrigen sei ein Anti-Doping-Gesetz keine Landes-, sondern Bundesangelegenheit. Christof Rasche (FDP) sprach sich dafür aus, die bestehenden Institutionen zu stärken, insbesondere die Nationale Anti-Doping-Agentur (NADA). Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) gab zu: „Wir müssen damit leben, dass die Dopingverfolgung ein Hase- und Igel-Spiel bleibt.“ Beschluss-Empfehlung für das Plenum: Kein Anti-Doping-Gesetz fordern.

+++

**D**ie Einfuhr giftiger Abfälle aus Australien nach NRW beschäftigte erneut den **Umweltausschuss** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU). Obwohl sich Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) wiederholt gegen die Einfuhr und Entsorgung ausgesprochen hatte, sieht das Ministerium auf Basis der so genannten Abfallverbringungsverordnung weiterhin keinen Ermessenspielraum bei der Genehmigung der Transporte. Mögliche Einwandgründe des Lan-

des, wie mangelnde Kapazitäten der hiesigen Verbrennungsanlagen oder die Unrechtmäßigkeit der Verbrennung des fraglichen Schadstoffs, lägen im fraglichen Fall nicht vor, erklärte Umweltstaatssekretär Dr. Alexander Schink im Ausschuss. Nur die Bundesregierung könne die Verbringung der Abfälle verbieten. Bisher gebe es allerdings noch keine Reaktion auf eine entsprechende Anfrage beim Bundesumweltministerium. Die Grünen forderten die Landesregierung erneut auf, ihre politische Position, den Sondermüll-Import zu verhindern, auch in die Tat umzusetzen. Sie verwiesen auf die immer



Illustration: Peter Flock

noch unklare Rechtslage und die mangelnde Akzeptanz der Bevölkerung im Umfeld der Verbrennungsanlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen. Zudem wurde bezweifelt, dass es in Australien keine Möglichkeit gibt, den Sondermüll vor Ort zu entsorgen.

+++

**W**ie ist mit Bürgerentscheiden umzugehen? Im rheinischen Ratingen steht man vor dieser Frage, mit der sich auf Antrag der Grünen jetzt auch der **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** (Vorsitz Edgar Moron, SPD) befasst hat. Weil Teile des Rats der Meinung sind, dass eine Renovierung des Ratinger Rathauses angesichts der Kosten nicht zu vertreten wäre und für den Neubau plädieren, beharren die örtliche FDP,

die Grünen und Ratinger Linke auf der Umsetzung des Bürgerentscheids. Im Ausschuss wies das Innenministerium darauf hin, dass nach der Gemeindeordnung ein Bürgerentscheid den Rat zwei Jahre binde; ersetzt werden könne er allenfalls auf Initiative des Rates durch einen neuen Entscheid. Der Ministeriumssprecher riet im Übrigen dazu, das Ergebnis der Gespräche zwischen dem Ratinger Bürgermeister und dem Landrat des Kreises Mettmann abzuwarten.

+++

**A**uch im Monat März stehen wieder eine Reihe von Sachverständigenanhörungen in den Fachausschüssen an: Den Anfang macht der **Umweltausschuss** am 12. März um 11 Uhr. Thema der Anhörung ist das Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes sowie der Gemeindeordnung (Drs. 14/2594). Getagt wird im CDU-Fraktionssaal. Am 14. März beschäftigt sich dann der **Wirtschaftsausschuss** (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU) mit dem Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr (Drs. 14/2774) und hat hierzu Experten eingeladen. Die Anhörung beginnt um 14 Uhr im Plenarsaal. Für den darauffolgenden Tag sind dann gleich zwei Anhörungen anberaumt: „Die gesellschaftliche, kulturelle und politische Dimension des Glücksspiels, einschließlich der Automatenpielsucht“ ist das Thema der Sitzung, zu der der **Hauptausschuss** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU)

zusammen mit dem **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) Sachverständige in den Landtag eingeladen hat. Die Anhörung findet ab 13.30 Uhr im Plenarsaal statt. Zeitgleich berät der **Innovationsausschuss** (Vorsitz Ewald Groth, GRÜNE) im CDU-Fraktionssaal über den Antrag der SPD-Fraktion „NRW braucht Studienkollegs“ (Drs. 14/3035). Schließlich wird ein Antrag der Grünen mit dem Titel „Kleinstaaterei beim Flughafenausbau in NRW stoppen – Subventionslöcher schließen“ (Drs. 14/1029) den **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) beschäftigen. Die Anhörung ist für den 20. März, 14 Uhr, im Plenarsaal angesetzt. Zum Abschluss des Anhörungs-Reigens im März wird der **Hauptausschuss** am 27. ab 15 Uhr im Plenarsaal über das 12. Rundfunkänderungsgesetz (Drs. 14/3447) debattieren.



# Kommunen stehen besser da

## Erkenntnisse zur Staats- und Verwaltungsreform in Österreich

*Die Erfahrungen Österreichs mit dem im Lande eingeleiteten Verwaltungsstrukturreformprozess sowie der weitere Umgang mit den vom so genannten Österreich-Konvent erarbeiteten Vorschlägen für eine umfassende Staats- und Verwaltungsreform standen im Mittelpunkt des kurzen Informationsbesuchs einer Kommission des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform in Wien.*

Die vom Ausschussvorsitzenden Edgar Moron (SPD) geleitete Delegation traf sich zu Fachgesprächen unter anderem mit dem Ersten Präsidenten des Wiener Landtags, Johann Hatzl, dem Magistrat der Stadt Wien (Wien hat eine verfassungsrechtliche Sonderstellung und ist zugleich Gemeinde und Bundesland), mit dem österreichischen Städtebund sowie mit dem Ausschuss zur Vorbereitung des Berichts des Österreich-Konvents des Nationalrats.

Die Begegnungen, die kurz nach den Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP und der Regierungserklärung der neuen österreichischen Regierung stattfanden, brachten die Abgeordneten auf den neusten Stand in puncto kommunale Strukturen und Zusammenspiel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Insbesondere da, wo es um die Frage der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern sowie der Kommunen und um die Finanzen geht, sind durchaus gewisse Parallelen, aber auch Unterschiede zur Lage und zur Diskussion um die Föderalismusreform in Deutschland erkennbar.

Die langwierige Arbeit des Österreich-Konvents hat zwar nicht das erhoffte Ergebnis für eine Verfassungsreform erbracht, da letztendlich keine Einigung erzielt werden konnte. Im Nationalrat bzw. dem speziell dazu eingerichteten Ausschuss werden die vorliegenden Empfehlungen jedoch durchaus als Chance und gewaltige Aufgabe begriffen, etwas Sinnvolles daraus zu machen. Dies soll jetzt auf dem Weg der „kleinen Schritte“ erfolgen. In der Koalitionsvereinbarung wurde jedenfalls die Umsetzung wichtiger Elemente ausdrücklich vereinbart, so etwa die als besonders vordringlich empfundene Kompetenzneuregelung zwischen Bund und Ländern.

Aus kommunaler Sicht wird wahrscheinlich die Umsetzung der Verfassungsbereinigung gelingen – die österreichische Verfassung

stammt noch aus dem Jahre 1920 bzw. 1929 und kennt neben der eigentlichen Verfassungsurkunde inzwischen noch rund 1.000 gesetzliche Nebenregelungen. Für den Bereich der Gemeinden wird auch Bewegung gesehen, mit der Tendenz zur Stärkung der kleineren Kommunen zu Lasten der größeren, die aus Sicht des Städtebunds allerdings mehr Förderung verdient hätten.

### VORREITERROLLE

Die Republik Österreich, die im Übrigen an der Spitze aller europäischen Länder gesehen wird, was Verwaltungsinnovation durch ein nahezu vollständig geschaffenes E-Government angeht, hat mit ihren 8,2 Millionen Einwohnern immerhin 2.358 Gemeinden, deren Größe von unter 100 Einwohnern bis über 1,6 Millionen (Wien) variiert. Fast die Hälfte der 2.358 Gemeinden hat zwischen 1.000 und 2.500 Einwohner, rund 84 Prozent zwischen 500 und 5.000. Nach der Bundesverfassung, in der die Gemeindeförderung verankert ist, muss jede Gemeinde einen Gemeinderat, einen Gemeindevorstand und eine(n) Bürgermeister(in) haben. Eine Zusammenlegung von Kommunen ist öffentliches Tabu-Thema.

Verfassungsrechtlich ist zwar kein Bestandschutz festgelegt, de facto wird aber, seitdem in den 1970er Jahren entsprechende Prozesswellen das Land überzogen haben, nicht mehr daran gerüttelt. Auch der Österreich-Konvent hat sich indirekt für eine Bestandsschutzregelung ausgesprochen.

Der Finanzausgleich für die Kommunen erfolgt ausschließlich nach Bevölkerungsschlüssel. Die Gemeinden sind im Übrigen dazu verpflichtet, zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien ausgeglichen zu wirtschaften. Eine Haushaltsicherungskonzept-Situation, der sich inzwischen zahlreiche nordrhein-westfälische Kommunen unterziehen müssen, ist in Österreich offensichtlich aufgrund der besseren Finanzsituation der Gemeinden nicht zu befürchten. Für die auffallend weniger der 2.358 Gemeinden, die ihren Haushalt tatsächlich nicht ausgeglichen haben, wird lediglich das Instrument eines Aufsicht-Kommissars eingesetzt.

NK



Die Abgeordneten unter Leitung des Ausschussvorsitzenden Edgar Moron (2.v.r. vorne) und in Begleitung von Staatssekretär Karl Peter Brendel vom Innenministerium (6.v.l.) in Wien vor dem Portal des Nationalrats.

Foto: Wißen

## CDU

## CDU: Härteres Durchgreifen bei Jugendkriminalität notwendig

Viel zu lange hat die Politik vor dem zunehmenden Problem der Jugendgewalt die Augen verschlossen. Wir müssen härter durchgreifen, um das Abstürzen der jungen Menschen in kriminelle Karrieren frühzeitig zu stoppen“, erklärte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Peter Biesenbach (Bild). Wichtig sei es, ihnen auch bei vermeintlich kleineren Delikten klare Grenzen zu setzen. „Mit diesen härteren Maßnahmen wollen wir den jugendlichen



Tätern frühzeitig bewusst machen, dass sie ihr Verhalten ändern und den gesellschaftlichen Regeln anpassen müssen.“

Bei allen staatlichen Schritten müsse stets die Verhinderung von Straftaten und Rückfällen im Vordergrund stehen: „Wir wollen deshalb die Möglichkeiten für erzieherische Maßnahmen gegenüber Intensivtätern im Kindes- und Jugendalter ausweiten. Hierzu zählt auch die Unterbringung in geschlossenen Einrichtungen als pädagogische Maßnahme für jugendliche In-

tensivtäter, die noch nicht strafmündig sind.“ Für eine erfolgreiche erzieherische Wirkung sei es notwendig, den zeitlichen Abstand zwischen der Aufklärung einer Tat und dem Antritt der Strafe gering zu halten. Biesenbach: „Durch einen direkten Vollzug der Strafe ist es möglich, dem straffällig gewordenen Jugendlichen vor Augen zu führen, dass er für das von ihm begangene Unrecht geradzustehen hat. Nur so haben wir eine Chance, dass der Jugendliche das von ihm begangene Unrecht begreift und sein Verhalten korrigiert.“ ■

## SPD

## „Flickenteppich beim Nichtraucherschutz kann man in der Pfeife rauchen“

In Nordrhein-Westfalen sterben jährlich etwa 3.000 Menschen durch Zigarettenkonsum, 750 von ihnen an den Folgen des Passivrauchens. Allein deshalb darf der Nichtraucherschutz keine halbe Sache sein. Die Überlegungen der schwarz-gelben Landesregierung, spezielle Raucherräume einzurichten oder Raucherlokale besonders zu kennzeichnen, widersprechen der Notwendigkeit eines konsequenten Passivraucherschutzes. Denn auch die Beschäftigten in der Gastronomie haben Anspruch auf einen ungeteilten Nichtraucher-

schutz. Es kann keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erster und zweiter Klasse geben. Die NRW-Landesregierung stiehlt sich auch hier aus der Verantwortung. Es ist auffällig, dass in den Bundesländern, wo die FDP mit in der Regierung sitzt, die Rücksicht auf die Lobby der Raucherindustrie und die Gaststättenverbände am größten ist. Die SPD warnt daher vor einem Scheitern eines bundesweit einheitlichen Nichtraucherschutzes auch in den Gaststätten. Einen Flickenteppich von unterschiedlichen Regelungen in den Bundes-

ländern kann man in der Pfeife rauchen. Das wäre eine Lösung gegen die Nichtraucher. Neben allen öffentlichen Gebäuden und im Personennahverkehr muss auch ein einheitliches Rauchverbot für alle Gaststätten erlassen werden. Die SPD-Landtagsfraktion hat einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. Dadurch sollen insbesondere Kinder und Jugendliche, aber auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Arbeitsplatz nachhaltig vor den Schäden des Passivrauchens geschützt werden. ■

## GRÜNE

## Schlag gegen die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger

Die Landesregierung will die Möglichkeit der Kommunen zur wirtschaftlichen Betätigung radikal einschränken. Diese Pläne zur Änderung der Gemeindeordnung sind kommunalfeindlich, bürgerfeindlich und reine Ideologie. Wir wollen, dass der Landtag die Landesregierung auffordert, diese Pläne zurückzuziehen.

Wenn eine Kommune sich wirtschaftlich betätigen will, soll sie künftig beweisen, dass sie die Aufgabe besser erfüllen kann als die Privatwirtschaft. Ein solcher Beweis ist aber fast nicht

zu erbringen. Gleichzeitig soll für jede öffentliche wirtschaftliche Betätigung der „dringende öffentliche Zweck“ Voraussetzung werden. Auch der oft behauptete Bestandsschutz entpuppt sich als Placebo und dürfte einer Beschwerdewelle vor der Kommunalaufsicht Tür und Tor öffnen.

Die Landesregierung übersieht bei ihrem Vorhaben, dass gerade kommunale Unternehmen oft ein wichtiger Auftraggeber für das örtliche Handwerk und Gewerbe sind. Allein die Stadtwerke sind laut einer Studie des Instituts für angewandte Innovationsforschung an der

Ruhr-Universität Bochum mit einem Auftragsvolumen von rund 1,4 Milliarden Euro bedeutender Arbeitgeber für NRW und sichern rund 15.000 handwerkliche Arbeitsplätze.

Neben den kommunalen Spitzenverbänden, die unisono die Pläne der Landesregierung kritisieren, gibt es ebenso entschiedenen Widerstand von den Gewerkschaften, der Initiative Kommunalwirtschaft und dem Verband kommunaler Unternehmen. Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – auch der CDU – laufen ebenfalls Sturm gegen den Gesetzentwurf. ■

## FDP

Abfahren“ lautet der Titel einer Ausstellung des Kölner Künstlers Franziskus Wendels (r.), die bis zum 29. März vor den Räumen der FDP-Landtagsfraktion besucht werden kann. Wendels ist der erste Künstler im Jahr 2007, der im Rahmen einer Ausstellungsreihe der FDP-Fraktion seine Werke präsentiert. Die Ausstellung „Abfahren“ zeigt eine Auswahl aktueller Werke, die in einer Mischtechnik aus Lack, Pigmenten und Öl gefertigt sind. Den Schwerpunkt seiner Werke hat Wendels auf das Thema Licht gelegt. Dabei interessiert ihn vor allem das künstliche Licht in einem urbanen

Umfeld. Nach seinen Worten gilt das Prinzip: „Nur da wo Licht ist, ist etwas, auch wenn nichts da ist.“ Der studierte Theologe, Philosoph und Künstler malt Bilder, die eine Geschichte erzählen, ohne sie im Detail zu schildern. Neben zahlreichen Kunstinteressierten konnte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion, Christian Lindner (l.), die Regionalbeauftragte der Liberalen Senioren, Erika Becker-Blonigen (M.), aus Bonn begrüßen. ■



# Porträt der Woche: Norbert Römer (SPD)



Aha, ein Junge aus dem Revier! Wer Norbert Römer kennenlernt und sich mit ihm in ein Gespräch vertieft, merkt schnell, dass der gebürtige Herner, der in Castrop-Rauxel zu Hause ist, die Wesensmerkmale des praktischen Menschenschlags zwischen Duisburg und Dortmund ausstrahlt: Bodenhaftung während, Redebrimborium meidend, auf Traditionen achtend, theoretischen Moden fern, menschlichen Sorgen nahe stehend. Römer, Jahrgang 1947, der bei der Unterhaltung so offen, freundlich und adrett wirkt wie ein Handelsvertreter, dem man gerne mehr abkauft als man wirklich braucht, sagt mit einem Schmunzeln im Gesicht über sich und seine Herkunft, er habe keine andere Chance gehabt, als Sozialdemokrat zu werden.

Ihn kennzeichnet ein klassischer SPD-Lebenslauf: Großvater und Vater Bergmänner, engagiert in SPD und Gewerkschaft, verankert im wertkonservativen Ruhrpott-Leben unter und über Tage. Vater und Mutter betrieben eine Nebenerwerbs-Gaststätte, die auch das örtliche SPD-Vereinslokal war. Der Vater war so klug, seinem Sohn Norbert und dessen jüngerem Bruder vom Bergmanns-Beruf abzuraten. Norbert Römer schlug ab 1961 die Verwaltungslaufbahn ein. 1968 trat er in die Partei ein, die bekannten Genossen und kerni-

gen Gewerkschafter Adolf Schmidt und Horst Niggemeier waren für ihn politisch-gewerkschaftliche Bezugspersönlichkeiten.

„Die SPD“, sagt SPD-Fraktionsvize Römer, der Ende 2006 nach vielen Jahren sein Arbeitsverhältnis zur IG BCE gelöst hat, „muss immer ganz nah an den Menschen sein.“ Sie müsse in die schwierigen Wohnviertel gehen, dorthin, wo man als Sozialdemokrat womöglich kritisiert und beschimpft werde. Die CSU in Bayern ist dem Sozialdemokraten von altem Schrot und Korn in ihrer Volksnähe durchaus ein Vorbild. So sehr sich Römer als Sozialdemokrat ohne Wenn und Aber bezeichnet, so sehr widerstrebt es ihm, politisch Andersdenkende als Feinde zu betrachten: Gegner – das ja, aber nach dem politischen Streit müsse man in geselliger Runde zusammen ein Bier trinken können.

Diejenigen, die den Ruhrpott-Mann kritisch sehen, bemängeln sein scheinbar nicht enden wollendes Gefecht für Kohlebergbau, Pütt und Grubenlampen-Romantik. Der mit einer Katholikin verheiratete, praktizierende Protestant, der behauptet, sich gut hineinversetzen zu können in Politiker mit explizit christlichem Gedankengut, berichtet von schwierigen Versammlungen mit bedrängten Kumpeln: „Wenn Sie Betriebsversammlungen erleben, bei denen auch die Ehefrauen der Bergleute zugegen sind, deren Pütt stillgelegt wird, dann müssen Sie die Menschen schon überzeugen, warum es dennoch eine Zukunft gibt.“ Norbert Römer will damit ausdrücken: Ein Politiker an Rhein und Ruhr, ein Sozialdemokrat zumal, muss dem Volk aufs Maul schauen, nicht nach dem Mund reden. Ecken und Kanten zeigen: Ja, aber immer auch versuchen, Interessen-Ausgleich zu schaffen und die Menschen zusammen zu führen. So ähnlich hätte das auch Johannes Rau formulieren können. Norbert Römer ist kein Parteimensch, der alles gutheißt, was sein Verein produziert. Er will sich den Blick für die Unzulänglichkeiten der eigenen Truppe bewahren.

Dem schlanken Mann sieht man nicht an, dass das Kochen eine seiner privaten Leidenschaften ist. Daheim steht er, wenn immer es geht, am Herd. Man kann ihm eine Riesenfreude mit Büchern über regionale Küche machen. Auch beim Zubereiten von Leckereien mag Römer keinen Schnickschnack. Dazu passt, dass er sich besonders auf Eintopfgerichte versteht. Weiteres aus dem Privathaus Römer: wenn Sport, dann ein bisschen Nordic Walking, Winterfrische auf Sylt, sommers Richtung Süden, bevorzugt Toskana und Südtirol.

*Autor: Reinhold Michels*

## RFID-Tagung

Über die Chancen, Risiken und Möglichkeiten der Funktechnologie RFID (Radio Frequency Identification) kann sich am „Tag der RFID-Technologie“ am 19. April im Landtag das fachlich interessierte Publikum einen Eindruck verschaffen. Dazu gibt es ab 10 Uhr Vorträge, ein öffentliches Hearing und eine Begleitausstellung zur viel diskutierten Radiofrequenz-Technologie. Mit dieser Technik ist zum Beispiel der so genannte „intelligente Supermarkt“ möglich, in dem die Regale melden, wenn ein Produkt zu Ende geht. Daneben findet sie ihren Einsatz in den Bereichen Pflege und Gesundheit, Verkehr und Logistik sowie Fälschung und Sicherheit. Im Kampf gegen die Produktpiraterie, die einen großen volkswirtschaftlichen Schaden verursacht, kann die Technik gefälschte und unetikettierte Ware identifizieren.

## Verwaltungsreform

Auf einer Informationsveranstaltung im Landtag hat das Institut für Kommunal- und Verwaltungswissenschaften Nordrhein-Westfalen (IKV) Aktionsfelder und Maßnahmen der Reform der Landesverwaltung erörtert. Schwerpunkt des Vortrags von Hartmut Beuß aus dem Innenministerium bildeten Strukturreform und Bürokratieabbau. Diskutiert wurden auch die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens und die Einrichtung der Normprüfstelle. Bericht über die Veranstaltung unter [www.ikv-nw.de](http://www.ikv-nw.de).

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinker, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Weitere Mitarbeiterin: Doro Dietsch  
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450  
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

**Herstellung und Versand:**

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**LANDTAG INTERN** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

## Geburtstagsliste

Vom 11. März bis 26. März 2007

11.3.	Manfred Palmen (CDU)	62
11.3.	Michael Schroeren (CDU)	61
14.3.	Annegret Krauskopf (SPD)	63
15.3.	Bernhard Tenhumberg (CDU)	51
15.3.	Annette Watermann-Krass (SPD)	50
16.3.	Norbert Römer (SPD)	60
16.3.	Bodo Wißen (SPD)	33
17.3.	Elisabeth Koschorreck (SPD)	55
18.3.	Harald Schartau (SPD)	54
19.3.	Karl Kress (CDU)	62
20.3.	Theo Peschkes (SPD)	60
22.3.	Heike Gebhard (SPD)	53
22.3.	Ute Schäfer (SPD)	53
22.3.	Gerd Stüttgen (SPD)	41
22.3.	Stefanie Wiegand (SPD)	38
25.3.	Ralf Jäger (SPD)	46
25.3.	Ralf Witzel (FDP)	35
26.3.	Dr. Ingo Wolf (FDP)	52

**Thomas Kutschaty** (SPD) ist auf Vorschlag seiner Fraktion zum ordentlichen Mitglied des Kontrollgremiums gemäß Paragraf 24 des Verfassungsschutzgesetzes NRW berufen wurden. Stellvertretendes Mitglied wurde sein Fraktionskollege **Thomas Stotko**. Das achtköpfige parlamentarische Kontrollgremium hat zur Aufgabe, die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde des Landes zu überwachen. Die Nachwahl war durch das Ausscheiden der SPD-Fraktionsvorsitzenden **Hannelore Kraft** notwendig geworden.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 8. März 2007 ein: Um 8.00 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9.15 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

## „Zwischen Kulturen ...

... und Welten“ lautete das Motto der Ausstellung der Werke von 21 russlanddeutschen Künstlerinnen und Künstlern im Landtag. „Sie mussten erfahren, wie es ist, keine Heimat zu haben“, sagte Landtagspräsidentin Regina van Dinter bei der Eröffnung und fuhr fort, die ausstellenden Künstler hätten in vielen Fällen die menschenverachtende Ideologie der Kriegsjahre und die schmerzhaften Folgen zu spüren bekommen. Ihre Werke seien nicht nur Zeugnisse künstlerischer Kreativität, sondern zugleich ein Aufruf zu mehr Mitmenschlichkeit und ein Beitrag für die Zukunft unseres Zusammenlebens. Unser Bild zeigt „Naturschwingungen“, eine Plastik von Jakob Wedel (geboren 1931 in Kirgisien), ausgeführt in Kirschbaumholz. Foto: Schälte

